75 Jahre · 22. April

Cottbus befreit!

Dokumentarische Aufarbeitung zu den Geschehnissen des 22. April 1945 im Großraum Cottbus.
Cottbus war in allen Bereichen Teil der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschinerie. Vorgestellt werden die Kriegsindustrie der Stadt, Täter und Opfer des „Dritten Reiches“, aber auch der Widerstand.

Cottbus befreit!

Täter, Opfer, Widerstand im „Dritten Reich“

8. MAI 1945
TAG DER BEFREIUNG
СПАСИБО!

Cottbus befreit!
Täter, Opfer, Widerstand im „Dritten Reich“

von Daniel Häfner und Bernd Müller

Inhaltsverzeichnis

01 // Einleitung
02 // 15. Februar 1945 – der Bombenkrieg kehrt zurück
03 // April 1945 – die Befreiung der Lausitz

07 // Kettenfahrzeuge für die Front – die Mechanischen Werke Cottbus
08 // Flugplatz und Flugzeugproduktion – die Focke-Wulf-Werke in Cottbus

09 // Täter
13 // Das „Unternehmen Cottbus“ – ein Kriegsverbrechen (René Lindenau)
14 // Die Dokumente des Grauens

16 // Das KZ in Lieberose/Jamlitz – Massenmord in Brandenburg
17 // Inhaftiert im Frauenzuchthaus Cottbus: Frauen im Widerstand (Herta Venter)
19 // „Jüdisches“ Leben und Sterben
21 // Gedanken zum Jahrestag der Befreiung aus sorbischer/wendischer Sicht
= Mysle k wulichowanju w maju 1945 ze serbskeje perspektiwy (Peter Schurmann)
23 // Zwangsarbeiter*innen

25 // Widerstand

29 // Ausblick und Recherchebedarf | Literatur | Impressum

Einleitung

Geschichte wird gemacht – in Erzählungen, Büchern, Vorträgen und auch in den sozialen Medien: Die Bombardierung des Cottbuser Bahnhofs am 15. Februar 1945 wird häufig als Ereignis dargestellt, das quasi wie eine Naturkatastrophe über die Stadt kam – und ohne Grund. Doch Cottbus und Umland waren Teil des Systems des Nationalsozialismus , des „totalen Krieges“ und der systematischen Vernichtung von Menschen. In Cottbus wurden Kriegsgüter in großen Mengen produziert: tausende Panzerkettenfahrzeuge und Flugzeuge. Im Konzentrationslager Lieberose starben tausende Menschen durch Arbeit oder wurden im Februar 1945 massakriert.

In der vorliegenden Broschüre wollen wir ein Schlaglicht auf verschiedene Bereiche des Lebens in Cottbus werfen und deutlich machen, dass es im System des „Dritten Reiches“ kein „ruhiges Hinterland“ gab. Überall finden sich Täter*innen, Opfer und Widerstand. Cottbus ragt dabei nicht heraus. Es zeigt die Normalität der Menschenverachtung des Systems, gerade auch als Rädchen in einer Maschinerie, die ganz Europa überrollen wollte – militärisch und ideologisch.

Eine regionale Besonderheit in der Lausitz stellt der Umgang mit den Sorben/Wenden dar. Diese sollten – nach dem „Endsieg“ – entweder germanisiert werden oder als führerloses Arbeitsvolk in den neuen „Ostgebieten“ dienen. Insofern war das Ende des Krieges insbesondere auch eine Befreiung Sorben/Wenden.

Auch am Beispiel von Erna Stahl, die im Frauenzuchthaus inhaftiert war, wird der Moment der Befreiung deutlich: sie hatte ihre Schüler*innen in Hamburg mit Autoren wie Hugo von Hofmannsthal und Thomas Mann bekannt gemacht. Vor der herannahenden Front wurde sie nach Bayreuth gebracht und dort am 14. April 1945 befreit. Noch am 17. April 1945 fand in Hamburg der Prozess gegen sie statt: es drohte die Todesstrafe.

Auch wenn die Befreiung zu Freiheit und Gleichheit bis heute nicht voll verwirklicht ist, machen diese Beispiele in Bezug auf das Kriegsende doch deutlich: Befreiung – was sonst?

Die Befreiung von Häftlingen in einem Außenlager des KZ Dachau am 30. April 1945

Überblick über die Broschüre

In dieser Broschüre wollen wir zunächst die Ereignisse des Bombenangriffs auf den Cottbuser Bahnhof darstellen und dann auf die wichtigsten Tage der Befreiung der Lausitz bis zum 22. April 1945 eingehen.

Dass in Cottbus nicht nur Textilien und Schokoladen hergestellt wurden, wollen wir im darauffolgenden Kapitel zeigen. In den Mechanischen Werkstätten Cottbus, die fast in Vergessenheit gerieten, wurden tausende Fahrzeuge für den Fronteinsatz hergestellt und in den Focke-Wulf-Werken wurden hunderte Flugzeuge endmontiert. Darunter war die legendäre FW 200 „Condor“, die im Krieg zur Bombardierung von Schiffen im Atlantik eingesetzt wurde, weshalb Churchill sie als „Geißel des Atlantik“ bezeichnete.

Die Cottbuser Wirtschaft war aber auch auf anderen Ebenen tief in die Kriegsindustrie verstrickt: der Cottbuser Textilunternehmer und IHK-Präsident Hans Kehrl war in den letzten Kriegsjahren zur rechten Hand des Wirtschaftsministers Albert Speer aufgestiegen. Über ihn wird im Teil „Täter“ dieser Broschüre berichtet. Dort sind auch andere zu finden, wie bspw. der brandenburgische Gaueiter Michael Kube, der erst wegen Korruption abgesetzt wurde, als Generalkommissar in Weißrussland ab 1941 dann aber an der Ermordung zehntausender Zivilisten beteiligt war. In diesem Teil wird auch auf das „Polizeiunternehmen Cottbus“ in Weißrussland eingegangen, bei dem im Rahmen angeblicher Partisanenbekämpfung tausende Zivilisten ermordet wurden. Wie die Operation zu diesem Namen kam, war nicht zu recherchieren. In dieser Broschüre präsentieren wir ein Dokument, welches die Verbrechen gegen die Menschlichkeit dokumentiert. Klar ist auch, dass die SS-Einheit Dirlewanger, die dort und beim Warschauer Aufstand zahlreiche Kriegsverbrechen beging und zehntausende Zivilisten tötete, zuletzt bei Guben eingesetzt war. Befehlshaber der Einheit in Warschau war Heinz Reinefarth, der eine Anwaltskanzlei in Cottbus betrieb.

Im Abschnitt „Opfer“ stellen wir zunächst das Außenlager des KZ Sachsenhausen in Lieberose/Jamlitz vor, welches in Cottbus noch zu wenig bekannt ist und in dem kurz vor Kriegsende mehr als 1.300 erkrankte Gefangene durch die Wachmannschaften ermordet wurden. Daraufhin thematisieren wir das Frauenzuchthaus, in dem viele politische Widerstandskämpferinnen inhaftiert waren.

Von den Bürger*innen jüdischen Glaubens bzw. von denen, die durch die rassistische NS-Gesetzgebung zu Jüdinnen und Juden wurden, konnten einige ins Ausland fliehen. Wer aber zu arm war oder keine Kontakte hatte, oder beides, wurde diskriminiert, in sogenannten Judenhäusern zusammengepfercht, später deportiert und ermordet. Dem widmen wir ein eigenes Kapitel. Außerdem berichten wir über den Umgang mit den Sorben/Wenden und den Zwangsarbeiter*innen in der Region. Die Broschüre schließt mit verschiedenen Beispielen aus dem Widerstand und mahnt:

Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!

15. Februar 1945 – Der Bombenkrieg kehrt zurück

„Wir werden ihre Städte ausradieren!“ verkündete Adolf Hitler am 4. September 1940, nachdem 100 englische Flugzeuge Berlin als Vergeltungsschlag für einen Angriff auf London bombardierten. „Wir werden ihre Städte ausradieren!“ – diese fünf Worte beschreiben die Vorgeschichte des Luftkrieges und der Bombenangriffe in Nazideutschland treffend. Allein von September bis Dezember 1940 wurden in London 14.000 Menschen durch Bombenangriffe getötet und 250.000 Menschen verloren ihre Wohnung.

Die Feindnachrichtenabteilung riet der Luftwaffe auch insbesondere zur Bombardierung von Coventry, denn dort würde „die Wirkung auf die Industrie noch dadurch besonders gesteigert, weil die unmittelbar in Werksnähe wohnende Arbeiterschaft stark in Mitleidenschaft gezogen wird. Infolge der leichten Bauweise von Fabrik- und Wohngebäuden unter enger Zusammendrängung des bebauten Raumes ist hier eine besonders starke Wirkung bei Brandbombeneinsatz zu erwarten.“ Zeitungen bezeichneten den folgenden verheerenden Bombenangriff als englisches Guernica – eine baskische Stadt, die bereits im April 1937 durch die deutsche Luftwaffe zerstört wurde, um General Franco im Spanischen Bürgerkrieg zu unterstützen. Aufgrund des hohen Zerstörungsgrades wurde der Begriff „Coventrieren“ für die völlige Zerstörung von Städten verwendet, den der Propagandaminister Joseph Goebbels erfunden haben soll.

Mit dem Kriegseintritt der USA im Jahr 1942 wendete sich das Blatt und auf der Casablanca-Konferenz einigten sich die Alliierten darauf, eine kombinierte Bomberoffensive durchzuführen: die Briten würden fortan nachts und die Amerikaner tagsüber angreifen.

In April und Mai 1944 flogen die amerikanischen Luftstreitkräfte erste Angriffe auf den Cottbuser Flughafen. Beim ersten Angriff verfehlten sie den getarnten Flugplatz aber noch und bombardierten ein Postlager. Beim zweiten Angriff trafen sie zahlreiche Produktionshallen der Focke-Wulf-Werke und zerstörten rund 50 Flugzeuge.

Der Angriff auf den Cottbuser Bahnhof

Der Cottbuser Bahnhof war zunächst ein Umsteige-, Güter- und Verladebahnhof für Züge von und nach Berlin, Leipzig, Dresden, Frankfurt/Oder, Guben und Forst. Darüber hinaus stellte er aber auch einen Eisenbahnknotenpunkt für Transporte aus den Industriegebieten in Schlesien und Sachsen dar. Im südlichen Umfeld des Bahnhofes war zahlreiche Leichtindustrie angesiedelt. Besondere Bedeutung hatte auch das Reichsbahnausbesserungswerk. (RAW, Railway Repair Shops).

Noch im August 1944 führten die Listen des Bomber-Command den Bahnhof nicht als Ziel, weil die Bedeutung zunächst als vergleichsweise gering angesehen wurde. Dies änderte sich jedoch mit dem Herannahen der Front von Osten. Die deutsche Wehrmacht versuchte schnellstmöglich, Verteidigungsstellungen entlang von Oder und Neiße zu errichten, was zu verstärkten Truppenbewegungen über den Cottbuser Bahnhof führte.

Am 8. Februar 1945 verfügte das britische Luftfahrtministerium mit dem Befehl 207, dass der Bahnhof und die „Railway Repair Shops“ nun als Angriffsziel geführt wurden. In den darauffolgenden Tagen führte die britische Luftaufklärung weitere Beobachtungsflüge über der Stadt durch und bestätigte die „verkehrsmäßige Bedeutung für den Aufmarsch faschistischer Truppen“.

Am Morgen des 15. Februar sammelten sich amerikanische Flugzeuge über der Nordsee, um in einer „Offensive gegen das Öl“ Produktionsanlagen, z.B. von Flugbenzin, anzugreifen. Ziel waren die Hydrierwerke bei Magdeburg, Böhlen und Ruhland, in denen aus Braunkohle Kraftstoffe gewonnen wurden. Doch das Hydrierwerk Ruhland-Schwarzheide konnte wegen einer dichten Wolkendecke nicht angeflogen werden und so drehten die Bomber auf den Cottbuser Bahnhof ab – das Ausweichziel.

BBC London warnte bereits am Morgen, die Stadt zu verlassen. Dies wurde allerdings kaum gehört, da das Hören von Feindsendern unter Strafe stand. In der Stadt gab es um 10.00 Uhr und 11.05 Uhr Voralarm und um 11.35 Uhr Fliegeralarm.

Rund 450 Flugzeuge vom Typ B-17 näherten sich Cottbus von Süden in rund 7.000 bis 8.000 Metern Höhe. Da die Sicht auch hier behindert war, gingen die sogenannten Masterflugzeuge auf das Radarzielen über, visierten das Ziel zu kurz an – und verfehlten den Bahnhof. Ihre Bomben detonierten überwiegend südlich des Bahnhofs und leiteten den kommenden Angriff somit fehl.

B 17 in Formation über Nazideutschland bei einem Angriff

Der Angriff begann um 11.51 Uhr und mehr als 1.000 Tonnen Bomben wurden abgeworfen. Die Spreng- und Brandbomben fielen überwiegend am Bahnhof sowie in den südlichen und östlichen Gebieten davon. Um 12.08 Uhr traf eine Bombe einen Munitionszug im Bahnhof. Eine gewaltige Detonation zerstörte viele Züge und Gebäude, die Splitter flogen hunderte Meter weit und töteten auch viele Verletzte in Sanitätszügen auf dem Bahnhof. Um 12.25 Uhr war der Angriff beendet, doch noch

Stunden später detonierten Blindgänger und Teile der Munition des Zuges.

Die schwersten Zerstörungen konzentrierten sich auf die Südstadt, hier wurden zahlreiche Wohnhäuser und 14 Betriebe zerstört oder beschädigt. Getroffen wurden auch Teile des Klinikums, des Gefängnisses und die Lutherkirche wurde zerstört.

Die Zahl der Opfer des Angriffes wurde mit rund 1.000 Toten angegeben, darunter befanden sich auch ein Chirurg und neun Krankenschwestern sowie mindestens 39 Inhaftierte des Frauenzuchthauses. Mehr als 2.500 Menschen waren verwundet worden. Rund 3.600 Wohnungen in Cottbus wurden zerstört oder beschädigt (ca. 20%) – 13.000 Menschen wurden obdachlos. Die Aufräumarbeiten wurden überwiegend von hunderten Zwangsarbeiter*innen und Kriegsgefangenen durchgeführt.

Am 17. März 1945 wurde der Flughafen bei Cottbus erneut bombardiert und ab diesem Zeitpunkt übernahmen sowjetische Flieger die Lufthoheit – die Front näherte sich von Osten und stand bereits an der Neiße. Häufig waren nun sowjetische Jagflugzeuge am Himmel zu sehen. Am 16. April wurde der Bahnhof zwei weitere Male bombardiert – die sowjetische Offensive hatte begonnen.

Quellen:

Viele der Informationen und weitere Augenzeugenberichte zum Angriff auf den Cottbuser Bahnhof gibt es bei:
Petzold, Heinz (2005): Als für Cottbus der 2. Weltkrieg endete, Regia-Verlag, Cottbus (6 Euro).

Bereits seit den Schlachten um Stalingrad und am Kursker Bogen im Jahr 1943 befand sich das deutsche Militär an der Ostfront überwiegend in der Defensive. Im Westen hatten die alliierten Streitkräfte den Rhein im Februar 1945 überschritten und Mitte April kapitulierten die deutschen Einheiten im Ruhrgebiet. Die Alliierten fürchteten das Entstehen einer „Alpenfestung“, in der deutsche Einheiten noch Jahre operieren könnten – die sich jedoch als reine Propaganda herausstellte. Im Südosten befreiten die 2. und 3. Ukrainische Front zunächst Ungarn und eroberten dann Wien.

Langsam und unregelmäßig näherte sich die Front auch von Osten und Mitte März erreichten die sowjetischen Truppen der 1. Ukrainischen Front die Neiße, konnten diese aber nicht sofort überwinden. Die deutsche Wehrmacht erwartete eine sowjetische Offensive und wollte diese in „Ermüdungsschlachten“ abbremsen – wie es den eigenen Truppen vor Moskau erging. Deshalb errichtete sie mit Hilfe des „Volkssturms“ eine tief gestaffelte Verteidigungslinie an Oder und Neiße. Diese reichte weit ins Hinterland und wurde dort als „Mathilde-Linie“ bezeichnet. Die erste Verteidigungslinie in der Lausitz lag an der Neiße, die zweite am Tranitz-Fließ und die dritte folgte in etwa dem Verlauf der Spree.

Die sogenannte „Berliner Operation“ – das Überschreiten von Oder und Neiße mit dem Ziel der Eroberung Berlins – wurde durch die Rote Armee intensiv vorbereitet. So standen bspw. insgesamt mehr als 7.000.000 Artilleriegeschosse für 22.000 Geschütze zur Verfügung und an den Hauptstellen des Kampfes waren durchschnittlich 270 Geschütze pro Kilometer aufgestellt. Die sowjetischen Truppen hatten ab dem 14. April mehrere „gewaltsame Aufklärungsmissionen“ durchgeführt, mit denen sie die Lage der deutschen Stellungen erkundeten und den Gegner zwangen, seine Reserven an den Verteidigungslinien einzusetzen.

Am 16. April begann der massive Angriff der Roten Armee an Oder und Neiße. In der Lausitz gelang ihr zwischen Muskau und Forst ein schneller Durchbruch auf rund 35 Kilometern Breite und 30 Kilometern Tiefe. Bereits in der Nacht zum 18. April hatten die ersten sowjetischen Panzer die Spree rund 15 Kilometer südlich von Cottbus überschritten. Die deutschen Truppen hatten zuvor alle verfügbaren Reserven an den Verteidigungslinien eingesetzt und waren nicht mehr in der Lage, die sowjetischen Truppen aufzuhalten. Marschall Konew fasste die Situation wie folgt zusammen: „Was jetzt noch zu tun blieb, bildete für unsere gereifte, von Angriffsgeist beseelte Armee, die fest entschlossen war, ein für alle Mal mit dem Faschismus Schluss zu machen, keine unüberwindliche Schwierigkeit mehr.“

Ein T 34-Panzer überschreitet die Spree am 18. April südlich von Cottbus

Auf ihrem Weg befreite die Rote Armee in der Lausitz auch zahlreiche Häftlinge und Kriegsgefangene, die in Kolonnen von der SS nach Westen gebracht werden sollten. Vielerorts wurden diese Kolonnen von Voraustruppenteilen der Roten Armee eingeholt, z.B. wurden in der Oberlausitz sowjetische und polnische Kriegsgefangene bei Naußlitz befreit und KZ-Häftlinge bei Deutschbaselitz (beides bei Kamenz). Ebenso befreiten polnische Truppen das KZ Wiesengrund bei Niesky, in dem sich russische, polnische, tschechoslowakische und belgische Häftlinge befanden.

Die Stimmung in der deutschen Bevölkerung schwankte zwischen Durchhaltewillen, Resignation und Selbstmordgedanken sowie Erwartung des Kriegsendes. Nach dem Beginn der Offensive der Roten Armee wurde in weiten Teilen der Lausitz der Evakuierungsbefehl gegeben, was dazu führte, dass eine große Anzahl an Flüchtlingen gen Westen strömte. Ende April 1945 hatten rund zwei Drittel der Bevölkerung ihre Wohnorte in der Lausitz verlassen.

Die Behörden und Nazifunktionäre übten sich in Durchhalteparolen, bereiteten häufig aber gleichzeitig ihre Flucht vor oder begingen Selbstmord beim Eintreffen der sowjetischen Soldaten. Insgesamt folgten sie einer Politik der „verbrannten Erde“. Im sogenannten „Nerobefehl“ von Hitler hieß es: „Alle militärischen Verkehrs-, Nachrichten-, Industrie- und Versorgungsanlagen sowie Sachwerte innerhalb des Reichsgebietes, die sich der Feind zur Fortsetzung seines Kampfes irgendwie sofort oder in absehbarer Zeit nutzbar machen kann, sind zu zerstören.“ Umzusetzen war dies durch militärische Kommandobehörden, Gauleiter und Reichsverteidigungskommissare. Für Senftenberg und Großräschen befahl der Gauleiter daraufhin, alle Trinkwasseranlagen und Wasserreservoirs mit Zyankali zu vergiften, sobald die sowjetischen Truppen einmarschieren würden. Der Massenmord an tausenden Einwohnern wurde aber verhindert, weil selbst Nazifunktionäre diesen Befehl nicht ausführen wollten. Auch die Braunkohlekraftwerke der Region wurden nicht gesprengt, aber die Tagebaue (teilweise unbeabsichtigt) geflutet. Insgesamt wurden zahlreiche Orte trotz Verbotes kampflos übergeben, bspw. wurde in rund 60 Orten der Oberlausitz die weiße Fahne gehisst. Doch solche Vorhaben waren gefährlich: in Peitz wurde noch am Tag der Befreiung ein Antifaschist von SS-Truppen erschossen, weil er die weiße Fahne am Festungsturm angebracht hatte.

In einem ähnlichen Zwiespalt standen auch die deutschen Soldaten, die erbitterten Widerstand leisteten und auch leisten mussten. Schon Verhandlungen von Kommandanten mit der Roten Armee wurden mit dem Tode bestraft. Und so übergaben Kommandanten die Stadt nicht, wenn Feldjäger oder SS-Einheiten anwesend waren oder erwartet wurden – wie bspw. in Lübben. Auch die Familien der Soldaten wurde in Sippenhaft genommen, in einem Befehl vom 5. März heißt es: „Wer in Gefangenschaft gerät, ohne verwundet zu sein oder nachweisbar bis zum äußersten Ende gekämpft zu haben, hat seine Ehre verwirkt… Seine Angehörigen haften für ihn. “

Trotz alledem wurden Soldaten durch Antifaschisten des Komitees „Freies Deutschland“ immer wieder aufgefordert, sich zu ergeben – und bspw. bei Spremberg und Drebkau folgten jeweils rund 200 Soldaten den Aufrufen. Insgesamt versuchten aber viele deutsche Einheiten, tendenziell nach Westen in Richtung der amerikanisch besetzten Gebiete zu gelangen.

Auch größere (erfolgreiche) Aktionen des „Volkssturms“ oder der Wehrwölfe (deutscher ausgebildeter Partisanen) sind in der Lausitz nicht bekannt. In der Region lieferten sich lediglich versprengte Truppenteile und überrollte Gruppen noch kleinere Scharmützel (bspw. nach der Eroberung von Niesky), zogen aber häufig nach wenigen Tagen in Richtung Westen ab.

Kampf um Cottbus und Berlin

Während bei Frankfurt/Oder noch starke Kämpfe stattfanden, hatte die Rote Armee bereits am 18. April die Spree zwischen Cottbus und Spremberg überschritten. Am selben Tag erteilte Joseph Stalin deshalb den Befehl, dass diese Truppen der 1. Ukrainischen Armee nach Norden auf Zossen (bei Berlin) abdrehen sollten. Dort befand sich das Hauptquartier des Deutschen Generalstabs. Die sowjetischen Truppen sollten Berlin am 20. April erreichen und größere Städte bei ihrem Vormarsch meiden, da hier mit starkem Widerstand gerechnet wurde.

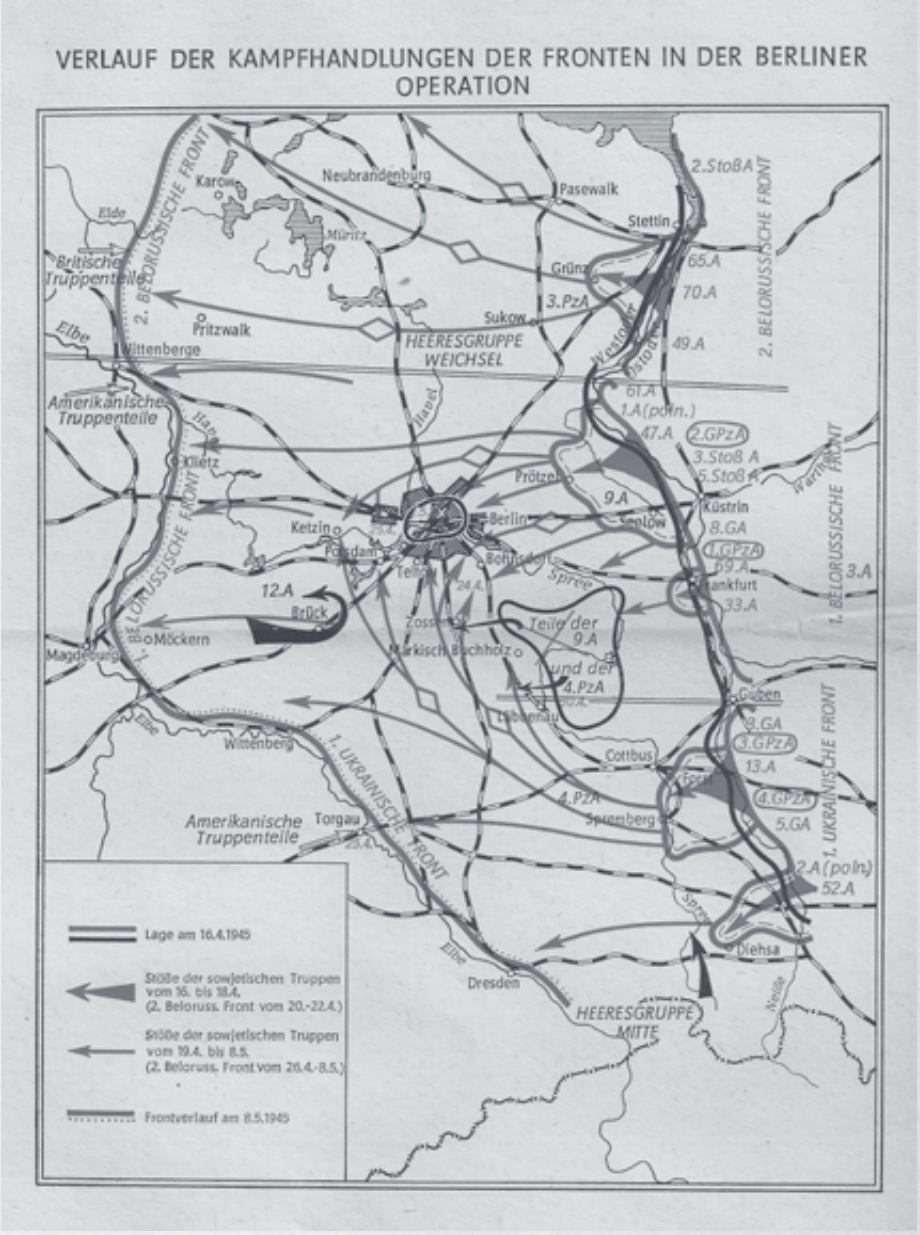
Der Vormarsch von Süden auf Berlin (westlich von Cottbus) wurde den sowjetischen Truppen insofern erleichtert, weil sich westlich der Spree weder größere organisierte deutsche Verbände noch ausgebaute Verteidigungslinien befanden. Die Situation hatte eine solche Dynamik entwickelt, dass der Wehrmacht für die Errichtung von Verteidigungslinien keine Zeit blieb.

Die Wehrmacht zog im Raum Cottbus größere Einheiten zusammen, um den Vormarsch der Roten Armee zumindest aus der Flanke zu behindern. Daraufhin wurde der 3. sowjetischen Gardearmee wiederum befohlen, diese Truppenverbände zu zerschlagen.

In den Morgenstunden des 20. April begannen sowjetische Panzerverbände, auf Vetschau zuzumarschieren. Bei Drebkau gab es daraufhin eine sogenannte Panzerdurchbruchsschlacht, bei der mehr als einhundert gepanzerte Fahrzeuge beider Seiten zerstört wurden. Doch bereits in den Nachmittagsstunden wurde die Stadt Vetschau eingenommen. Dort machte die Rote Armee rund 600 Gefangene, von denen sie rund 450 Mitglieder des „Volkssturms“ sofort wieder nach Hause schickte. Am Ende des Tages stand diese Abteilung kurz vor Lübbenau – damit war Cottbus von Osten, Süden und Westen eingeschlossen.

Die Stadt Cottbus

Die Region um Cottbus hatte nun eine entscheidende strategische Relevanz: über die Bedeutung als Verkehrsknotenpunkt hinaus war sie der letzte Eckpfeiler der Verteidi-



gung der Truppen östlich von Berlin nach Süden. Größere Einheiten wurde daraufhin in den Raum Cottbus verlegt, insbesondere in die Dörfer Dissenchen und Merzdorf, nachdem bei Kahren zwei Panzerangriffe stattfanden. In der Stadt Cottbus selbst, die zur „Festung“ erklärt worden war, wurden aber keine zusätzlichen Einheiten stationiert. Deshalb meldete der Festungskommandant von Cottbus, Generalleutnant Ralf Sodan, schon am Vormittag des 19. April, dass er die Stadt ohne reguläre Truppen nicht verteidigen könne. Ihm standen lediglich fünf schlecht bewaffnete „Volkssturm“-Bataillone zur Verfügung, die überwiegend aus (wahrscheinlich rund 800) Hitlerjungen und alten Männern bestanden.

Auf sowjetischer Seite wurden zur Vorbereitung der Eroberung von Cottbus größere Verbände zusammengezogen, da mit erbittertem Widerstand gerechnet wurde. Darunter befanden sich auch zehn Fliegerdivisionen mit insgesamt rund 1.000 Flugzeugen. Nach verschiedenen schweren Angriffen der Flugzeuge und starkem Artilleriefeuer begann der Angriff auf den Raum Cottbus am 21. April. Daraufhin zogen sich die deutschen Truppen, darunter auch SS-Einheiten, aus dem Vorfeld der Stadt in Richtung Cottbus zurück und versuchten den „rettenden Spreewald“ zu erreichen. Die letzten SS-Panzer verließen die Stadt um 22 Uhr nach Norden und Teile des „Volkssturms“ folgten. In derselben Nacht entließ der Festungskommandant seine verbliebenen Offiziere in die Flucht nach Westen.

Am Morgen des 22. April begann die Rote Armee, von Süden – über Sachsendorf – in die Stadt einzumarschieren. Gegen 9.00 Uhr hatten die Sowjetsoldaten das Klinikum erreicht. Einzelne Feuergefechte gab es am Güterbahnhof und dem Reichsbahnausbesserungswerk. Fast alle Brücken und Teile des Bahnhofes wurden von deutschen Truppen gesprengt. Lediglich die „Blaue Brücke“, das Staatstheater und das Elektrizitätswerk wurden von Antifaschisten gerettet. Bereits gegen Mittag fielen in der Stadtmitte keine Schüsse mehr.

Zivilisten, Soldaten und Mitglieder des „Volkssturms“ flüchteten über die Schmellwitzer Straße nach Norden. Unter den Flüchtenden war auch der NS-Kreisleiter Willi Andro, der noch am Vortag zum Endkampf aufrief und dann in der Gegend von Burg das letzte Mal gesehen wurde. Der Festungskommandant Ralf Sodan erschoss sich am 23. April in Drachhausen/Hochoza (nördlich von Cottbus). Lediglich am Flughafen und im Norden der Stadt fanden noch einzelne Gefechte statt, wobei es sich meist um Truppen handelte, die verzweifelt ihren eigenen Rückzug nach Norden sichern wollten – und in die kommende Kesselschlacht bei Halbe zogen. Die Rote Armee eroberte im Raum Cottbus rund 100 Panzer sowie 2.000 Kraftfahrzeuge und machte 1.700 Gefangene. Auf beiden Seiten fielen 2.500 Soldaten.

Befreiung und Stunde Null

Auch wenn in der Stadt Cottbus relativ wenige Kampfhandlungen stattfanden, waren die Zerstörungen insgesamt doch beträchtlich. Rund 60% der Industrieanlagen und 60% der Wohnungen waren beschädigt oder zerstört. Die deutschen Truppen hatten Brücken und andere Infrastruktur gesprengt, Plünderer setzten zahlreiche Häuser in Brand und sowjetische

Soldaten zündeten Häuser an, in denen sie Nazisymbole fanden. Eine Feuerwehr gab es nicht und so brannten häufig auch die benachbarten Häuser aus.

Der Kommunist (und spätere Bürgermeister) Max Döring begrüßte die Sowjetsoldaten mit einem kleinen Leninbild in der Hand. Der Obermedizinalrat Dr. Steinhäuser aus der Klinik fasste den Moment so zusammen: „Wir atmeten alle auf. Wenn man den Krieg als Arzt einmal gesehen hat, will man wirklich keinen Krieg mehr."

In der Stadt selbst waren noch rund 4.000 Einheimische und 5.000 Zwangsarbeiter*innen und Kriegsgefangene verblieben. Und zu allererst für diese war der 22. April ein Tag der Befreiung.

Anmerkungen und Quellen:

Die Zusammenstellung der Daten beruht im Wesentlichen auf Dokumenten der „Operation Berlin" der Roten Armee. Zu beachten ist, dass es leicht abweichende Darstellungen der Situation im Raum Cottbus von Marshall Shukow und Marschall Konew gibt. Dies kann darauf zurückzuführen sein, dass beide nach Ende des Kriegs für sich die entscheidende Rolle bei der Eroberung Berlins in Anspruch nehmen wollten. Im Großraum Cottbus fanden auch heftigere Feuergefechte statt, zumal hier verschiedene SS-Einheiten kämpften. Für die Stadt selbst sind solche heftigen Gefechte nicht belegt. Zwar schreibt Marshall Konew, dass jedes Haus und jeder Block einzeln eingenommen werden mussten, insgesamt war der Kampf aber schon nach wenigen Stunden abgeschlossen. Belegt sind verschiedenen Widerstandsnester (mit Maschinengewehren) und Panzersperren bspw. auf der Bahnhofsstraße, insbesondere der SS und des „Volkssturms". Der Angriff auf die Stadt dauerte aber relativ kurz. Nach einer ruhigen Nacht begann der Angriff am 22. April im Morgengrauen aus Süden – bereits gegen 9.00 Uhr war die Höhe des Klinikums erreicht und gegen Mittag waren keine Schüsse in der Innenstadt mehr zu hören. Die Darstellungen von Heinz Petzold und Jörg Mettke legen nahe, dass sich wesentliche Teile der Wehrmacht und der SS-Truppen, insbesondere die Panzer und die wesentlichen Offiziere bereits in der Nacht zum 22. April abgesetzt hatten und Teile des „Volkssturms" einfach nach Hause gingen.

An dieser Stelle soll auch darauf verwiesen werden, dass es im Zuge der Besetzung der Gebiete der Lausitz zu Vergewaltigungen und Plünderungen durch sowjetische Soldaten kam. Jörg Mettke verweist darauf, dass Einheiten der Division „Brandenburg" z.B. am Massaker von Lemberg (Lwiw, Ukraine) teilgenommen hätten und es sich deshalb um Racheakte ukrainischer Soldaten gehandelt haben könnte. Der Schauspieler des Staatstheaters Michael Becker schrieb dazu: „Kein sowjetischer Soldat hätte je deutschen Boden betreten, keine Frau wäre jemals von einem sowjetischen Soldaten vergewaltigt worden, es hätte keine sowjetischen Internierungslager in Buchenwald, in Jamlitz gegeben, wie es auch keine anglo-amerikanischen Bomben auf Dresden und Cottbus gegeben hätte. Nichts von dem wäre passiert, hätten nicht Deutsche Nichtangriffsverträge gebrochen, Menschen versklavt, verschleppt, interniert, hätten nicht Deutsche planmäßig Menschen vernichtet und sogar vergast."

Quellen:

Mettke, Jörg (1985): 1945: Absturz ins Bodenlose. SPIEGEL-Redakteur Jörg R. Mettke über Kapitulation und Besatzung (V): Cottbus, DER SPIEGEL 19/1985, 05.05.1985, S. 152 - 173.

Petzold, Heinz (2005): Als für Cottbus der 2. Weltkrieg endete, Regia-Verlag, Cottbus (6 Euro).

Pilop, Max (1990): Die Befreiung der Lausitz. Militärhistorischer Abriß der Kämpfe im Jahre 1945, 3. Auflage, Domowina-Verlag, Bautzen

Shukow, G.K. (1969): Erinnerungen und Gedanken, Bd. 2, Deutscher Militärverlag, Berlin.

Kettenfahrzeuge für die Front – die Mechanischen Werke Cottbus

Es war ein Zufall, durch den die Cottbuser in der DDR wieder auf die Mechanischen Werke Cottbus (MWC) aufmerksam wurden. Bei Bauarbeiten wurden eingemauerte Akten einer Industrieproduktion in der Stadt entdeckt, von der kaum noch etwas bekannt war. Durch Auswertung der Akten und durch Befragung der Einwohner gelang es, Details zu rekonstruieren.

In den Jahren 1937/38 wurden am Merzdorfer Weg die MWC errichtet. Sie waren ein Tochterunternehmen der Phänomen-Werke Zittau und produzierten ab 1938 Kettenfahrzeuge – zuerst getarnt: Nach außen hin sollen die Anlagen zunächst als Fahrradwerk dargestellt worden sein. Ab 1939 begann die Produktion dann offiziell.

Gefertigt wurde ein leichtes und schnelles Halbkettenfahrzeug vom Typ Demag 7 (D7) in Lizenzproduktion. Es zog Artilleriegeschütze wie die 2-cm-Flugabwehrkanone 30, das 7,5-cm-leichtes Infanteriegeschütz 18 oder die 3,7-cm-Panzerabwehrkanone 36. Das Fahrzeug transportierte auch die Geschützmannschaften, und es erreichte eine Geschwindigkeit von bis zu 65 km/h.

Frankreich: Zugmaschine mit Flak, Quelle: Bundesarchiv Bild 101I-055-1572-30

Weil das D7 auf Straßen zu viel Lärm erzeugte, wurde es in den MWC zum Typ D7P weiterentwickelt. Diese Fahrzeuge waren für unwegsames Gelände mit Ketten ausgerüstet, hatten eine lenkbare Vorderachse und waren ebenfalls für den Transport von Mannschaften und Lafetten konstruiert. In den MWC wurden diese Fahrzeuge entwickelt, die Einzelteile – außer Motor, Schaltgetriebe, Räder und Ketten – hergestellt und bis auf die Aufbauten am Fließband gefertigt. Notwendige Werkzeugmaschinen wurden ebenso im Werk gebaut, und bevor die Bauteile auf das Fließband kamen, wurden sie von einer eigenständigen Heeresabteilung geprüft und entsprechend der Güte mit einem Heeresstempel versehen.

Rückzug deutscher Truppen auf Breslau mit PaK, Quelle: Bundesarchiv, Bild 183-H26408

Baldur von Schirach, Reichsleiter der Hitlerjugend, zeigte sich 1944 mit diesem Fahrzeug: Auf dem heutigen Schillerplatz sprach er damals zu Freiwilligen der Panzergrenadierdivision Großdeutschland. Ein Foto dieser Propagandaveranstaltung findet sich im Cottbuser Anzeiger vom 8. August 1944.

Das Werk hatte Gleisanschluss an die Strecke Cottbus – Frankfurt/Oder und bestand aus einem Bürogebäude (25x87 Meter), daran angelehnt ein Kohleheizhaus, vier Montagehallen (ab 1941 fünf Hallen) und einer Waschanlage. Der Produktionsausstoß soll bis in das Jahr 1941 hinein rund 24 Fahrzeuge pro Tag betragen haben. Nach Errichtung der fünften Montagehalle soll er sich sogar auf etwa 35 Stück pro Tag erhöht haben. Für den Abtransport zur Komplettierung standen täglich Züge bereit. Insgesamt kann die Gesamtproduktion (nach unterschiedlichen Quellenangaben) auf 15.000 bis 30.000 Fahrzeuge geschätzt werden.

Anfangs bestand das Personal gänzlich aus Einheimischen. Nach ihrer Einberufung wurden sie durch französische, polnische, russische und italienische Zwangsarbeiter*innen ersetzt. In den Jahren des höchsten Produktionsausstoßes waren knapp 2.000 Menschen im Werk beschäftigt, von denen nur noch 30% Arbeiter*innen aus der Region waren. Die Zwangsarbeiter*innen kamen aus den umliegenden Lagern, z.B. dem Arbeitslager am Merzdorfer Weg 16 (Mechanische Werke 1) mit 594 Insassen (davon 233 weiblich) und dem zweiten Lager der Werke „An den Weinbergen“ mit 80 Italienern.

In den Jahren 1944/45 war das Werk mehrmals Ziel alliierter Bombenangriffe, doch es wurde stets verfehlt. Noch kurz vor der Befreiung von Cottbus am 22. April 1945 wurde das Werk von SS-Einheiten besetzt, die das Werk halten sollten – was ihnen allerdings nicht gelang.

Eine Zukunft über den Krieg hinaus hatte das Werk nicht: Die sowjetischen Besatzungstruppen ließen es als Reparationsleistung bis auf die Grundmauern abtragen. Eine Berliner Firma wurde 1947 mit den notwendigen Arbeiten betraut. Auch ehemalige NSDAP-Mitglieder, die auf dem Sportplatz an der Peitzer Chaussee interniert waren, wurden zu dieser Arbeit verpflichtet.

Quelle:

Ladusch, Wolfgang; Pfeifer, Jens (1997): „Die Mechanischen Werke in Cottbus (MWC)“ in: Cottbuser Blätter, Jahrgang 1997, „Baugeschichte, Logenbrüder und Gymnasium“, Regia Verlag, Cottbus, S. 91-94.

Flugplatz und Flugzeugproduktion – die Focke-Wulf-Werke in Cottbus

Cottbus spielte vor dem Zweiten Weltkrieg eine wichtige Rolle beim Aufbau der Luftwaffe: Nachdem der Krieg entfesselt war, wurde die Stadt zu einem Standort des Flugzeugbaus. Auf dem Gelände des Flughafens entstand ab 1942 eine Fabrik der Focke-Wulf-Flugzeugbau GmbH.

Schon wenige Monate nach der Machtübergabe an Hitler entstanden erste Pläne, den Flughafen militärisch zu nutzen. Im September 1933 wurde der zivile Flugverkehr in Cottbus eingestellt. Kurz darauf entstanden im nördlichen Teil des Geländes Unterkünfte und Wartungshallen. Dem Deutschen Reich war der Besitz einer Luftwaffe damals noch verboten; das Verbot wurde aber umgangen: Getarnt als zivile Verkehrsflugschule wurden hier ab 1934 Piloten ausgebildet.

Später – ab 1938 – wurden Einheiten der Luftwaffe in Cottbus stationiert; von November 1939 bis Oktober 1941 lag das Fluganwärterregiment 82 am Platz und bildete Piloten aus. Während der Vorbereitung des Überfalls auf die Sowjetunion diente der Flugplatz als Zwischenstation verschiedener Sturzkampfbomber-Einheiten.

Im Jahr 1941 erhielt die Focke-Wulf-Flugzeugbau GmbH mit Sitz in Bremen den Befehl des Reichsluftfahrtministeriums (RLM), ihre Produktion zu dezentralisieren. Die Hansestadt war seit 1940 Ziel alliierter Bombenangriffe. Der Flugzeugbau war dadurch bedroht und sollte nach Osten verlegt werden – außerhalb der Reichweite feindlicher Bomber.

Focke-Wulf Fw 190 – mit rund 20.000 Stück eines das meistgebaute Jagdflugzeug der Luftwaffe

Einer der neuen Standorte war Cottbus. Das RLM stellte den Fliegerhorst und die Hallen für die Produktion zur Verfügung. Ab 1942 wurden dann (wahrscheinlich rund 100) Fw 200C „Condor“ in Cottbus gebaut, die als Fernaufklärer, Bomber und Transportflugzeuge genutzt wurden. Ab 1944 wurde im Werk eine unbekannte Anzahl von Jagdflugzeugen der Typen Fw 190 sowie dessen Nachfolgemodell Ta 152 (144 Stück) gebaut.

Am Standort Cottbus fand die Endmontage statt: Die Arbeiten reichten vom Zusammenbau der Innenflügel und des Rumpfes über die Sattlerei und Malerei bis zur Montage der Triebwerke. Die Maschinen wurden hier auch eingeflogen.

Montagehalle auf dem Flugplatz in Cottbus mit Fw 200 „Condor“, Foto: privat aus dem Flughafenmuseum

Die Fw 200 „Condor“ wurde vom britischen Premierminister Winston Churchill auch als „Geißel des Atlantiks“ bezeichnet. Das Flugzeug hatte eine große Reichweite; als leichter Bomber konnte es Schiffe im Atlantik überraschend angreifen. Zum schweren Bomber taugte die „Condor“ nicht: Die hohe Reichweite basierte auf einer leichten Konstruktion. Das Flugzeug wurde häufig als Transporter eingesetzt; neun der Maschinen wurden unter anderem bei Stalingrad abgeschossen. Im Laufe der Jahre wurden 263 von ihnen gebaut.

Auf Befehl des RLM vom 15. Oktober 1942 verlegte auch die Luftfahrtindustrieberufsschule, Abteilung Focke-Wulf, aus Gründen der „Luftgefahr“ ihre Ausbildungsstätten nach Cottbus.

Am 11. April sowie am 25. April 1944 wurde das Werk Ziel US-amerikanischer Luftangriffe. Beim ersten Angriff wurde es kaum beschädigt, der zweite zerstörte die Hälfte der Produktionsanlagen und 50 Flugzeuge. Binnen kurzer Zeit erreichte die Produktion aber wieder 60% ihres Anfangsniveaus.

Das Flugzeugwerk beschäftigte etwa 4.000 Menschen – darunter zahlreiche Zwangsarbeiter*innen. In den Jahren 1944/45 umfasste die Belegschaft des Werkes sogar 4.656 Personen, davon 643 Angestellte. Zahlreiche Firmen mit Sitz im Stadtgebiet dienten als Zulieferer von Bauteilen. Im Februar 1945 wurde schließlich die Produktion eingestellt. Weil die Front nicht mehr weit entfernt war, sollte das Werk wieder nach Bremen verlagert werden; dort wurde es aber nicht mehr errichtet.

Der Flughafen wurde mit dem Herannahen der Roten Armee ab Januar 1945 zum Frontflugplatz und von verschiedenen Einheiten genutzt. Teile des Schlachtgeschwaders 77 flogen von hier aus Einsätze gegen die sowjetischen Truppen. Das unterirdische Tanklager des Flugplatzes wurde am 21. April 1945 gesprengt. Cottbus wurde am 22. April befreit. An diesem Tag gab es am Flugplatz verstärkt Feuergefechte, die vom Nachmittag bis zum Abend andauerten. Nach Ende des Krieges wurden auf dem Gelände alle deutschen Flugzeuge aus der Region gesammelt und verschrottet.

FW 200 abgeschossen im Atlantik

Anmerkungen:

Die hier zusammengetragenen Angaben stammen aus Internet-Quellen, dem Stadtarchiv und Informationen des Flughafenmuseums. Eine umfassende Dokumentation über den Flughafen und insbesondere die Focke-Wulf-Werke in Cottbus existiert (noch) nicht. Darüber hinaus:

Thiel, Reinhold (2011): „Focke-Wulf Flugzeugbau“, Verlag H.M. Hausschild GmbH, Bremen, S. 300 ff.

Täter

Heinz Reinefarth
– der „Henker von Warschau“

Heinz Reinefarth wurde 1903 in Gnesen (Gniezno, 50 km östlich von Posen) geboren. Er studierte Rechtswissenschaft in Jena und war nach der Promotion als Richter tätig. 1932 wurde er Mitglied der NSDAP und der SS. Zwischen 1932 und 1939 war er als Rechtsanwalt und Notar in Cottbus tätig. Seine Kanzlei befand sich in der Berliner Straße 124.

Mit Kriegsbeginn wurde Reinefarth eingezogen und während des Westfeldzuges gegen Frankreich wurde ihm als Zugführer das Ritterkreuz verliehen. Mitte 1942 wurde er aufgrund schwerer, an der Ostfront erlittener Erfrierungen wehrdienstuntauglich. Im April 1944 wurde er zum Höheren SS- und Polizeiführer Warthe berufen.

Am 1. August 1944 brach der Aufstand im besetzten Warschau aus. Hitler beauftragte die SS mit der Niederschlagung und Reinefahrt wurde eine eigene Kampfgruppe unterstellt. Seinen späteren Kommandeur informierte er über die Befehle Himmlers: „Das erste, was er mir sagte, war, daß man keine Gefangenen nehmen dürfe und jeden Einwohner Warschaus totschlagen sollte. Ich fragte: Frauen und Kinder auch? Worauf er antwortete: Ja, Frauen und Kinder auch.“

Reinefarth in Warschau mit russischen Hilfstruppen

Der „Kampfgruppe Reinefarth“ gehörten im wesentlichen Einheiten der Ordnungspolizei und die berüchtigte SS-Sondereinheit von Oskar Dirlewanger an, die an zahlreichen Kriegsverbrechen beteiligt war und zu großen Teilen aus rehabilitierten Verbrechern bestand. Was nun geschah, wurde später das „Massaker von Wola“ genannt.

Am ersten Tag rückten die Dirlewanger-Einheiten rund zwei Kilometer in Warschau vor, verloren dabei sechs Soldaten und töten 60 Kämpfer der polnischen Heimatarmee. Daraufhin trieben die SS-Mannschaften alle Menschen auf die Straße und erschossen sie teilweise sofort – mehr als 10.000 Zivilisten wurden an diesem ersten Tag ermordet. Außerdem drangen Dirlewangers Männer in zwei Krankenhäuser ein und ermordeten rund 1.100 Kranke und deren Pflegepersonal. Weitere Verbrechen wurden durch eine (auf deutscher Seite kämpfende) russische Brigade unternommen, dazu gehörten Plünderungen, Vergewaltigungen, Folter, Mord an Zivilisten – ebenfalls in Krankenhäusern.

Zivilisten als Opfer des Wola-Massakers

Reinefarth beschwerte sich unterdessen bei seinem Vorgesetzten, dass die ihm zugeteilte Munition nicht ausreiche, um alle gefangenen Zivilisten zu erschießen. Aufgrund der höheren Verluste am nächsten Tag setzten Reinefarths Einheiten zunehmend gefangene Zivilisten als menschliche Schutzschilde ein. Am Tag darauf gewannen die deutschen Einheiten die Oberhand im Stadtteil Wola.

Die Zahl der in diesen drei Tagen ermordeten polnischen Zivilisten wird auf etwa 30.000 geschätzt. Aus verhafteten Polen wurde ein zwangsrekrutiertes Verbrennungskommando gebildet, das die zu Leichenbergen gestapelten Ermordeten verbrennen musste – rund 100 Mitglieder des Kommandos wurden nach Beendigung der Arbeiten etwa Mitte September 1944 weitgehend liquidiert.

Nach der Kapitulation der Wehrmacht war Reinefarth in britischer Kriegsgefangenschaft, wurde aber wegen der Verbrechen seiner Einheiten nicht angeklagt. Von Dezember 1951 bis 1964 war er Bürgermeister der Stadt Westerland auf der Nordseeinsel Sylt und wurde 1958 für den Gesamtdeutschen Block Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten in den Schleswig-Holsteiner Landtag gewählt. Nach seinem – durch Ermittlungen der Staatsanwaltschaft wegen Kriegsverbrechen erzwungenen – Rückzug aus der Politik war Reinefarth ab 1967 beruflich als Rechtsanwalt in Westerland tätig. Die Ermittlungen gegen ihn wurden ohne Anklage eingestellt. Reinefarth starb am 7. Mai 1979 auf Sylt.

2013 erhielt der SPD-Mann Ernst-Wilhelm Stojan auf seine Nachfrage, wie es sein konnte, dass der „Henker von Warschau“ Bürgermeister werden konnte, den Rat, die alten Geschichten endlich ruhen zu lassen. Die Inselhistorikerin Silke von Bremen sah das anders – sie initiierte eine öffentliche Auseinandersetzung mit den Taten Reinefarths und mit der gescheiterten Entnazifizierung in Schleswig-Holstein in den 1950er Jahren. Anlässlich des 70. Jahrestages des Warschauer Aufstandes gedachte der Sylter Landtag einstimmig der Opfer und benannte Heinz Reinefarth erstmals als Kriegsverbrecher. Am Sylter Rathaus hängt seitdem eine Gedenktafel, die diese Zusammenhänge offenbart.

Wilhelm Kube
– korrupter, schwankender Holocaust-Täter

Richard Paul Wilhelm Kube, Jahrgang 1887, war von 1928 bis 1936 Gauleiter der NSDAP in Branden-

burg, genannt auch der „Preußenführer“. Er initiierte 1932 unter anderem die „Glaubensbewegung Deutsche Christen“. Die Glaubensbewegung erklärte in ihren Programmen, dass die Verwirklichung der NS-Weltanschauung im „Dritten Reich“ Gottes Schöpferwille, die Rassenpolitik Gottes Gebot und als wahre Obrigkeit ein autoritärer Staat gewollt sei.

Wilhelm Kube, Foto: Bundesarchiv Bild F051633-0017

Kube war überzeugter Antisemit und schrieb 1934: „Der Pestträger muss ausgemerzt werden.“ In Cottbus sprach Kube im selben Jahr auf einer Tagung aller Kreispropagandaleiter der Kurmark über den „menschenleeren Raum im Osten”, der gefüllt werden müsse. 1936 wurde Kube wegen Korruption aller staatlichen und Parteiämter enthoben und nach mehreren Zwischenstationen wurde er 1940 Aufseher und SS-Rottenführer im KZ Dachau.

Auch wenn Kube innerhalb des Reiches politisch nicht mehr tragbar schien, wurde er am 17. Juli 1941 zum Generalkommissar für den Generalbezirk Weißruthenien (Weißrussland) ernannt (siehe auch Dokumente Seite Seite 14-15). Hier lobte er 1943 einen Untergebenen, dass es diesem gelungen sei, „allein in den letzten 10 Wochen 55.000 Juden zu liquidieren. Im Gebiet Minsk-Land ist das Judentum völlig ausgemerzt…“ Er kritisierte die brutalen Methoden teilweise aber auch als „eines deutschen Menschen und eines Deutschlands Kants und Goethes unwürdig.“ Wilhelm Kube schien selbst vor den Konsequenzen seines Antisemitismus zurückzuschrecken: zwar müssten „Schädlinge“ ausgemerzt werden, das Vorgehen insbesondere gegen „deutsche“ Juden kritisierte er jedoch. So schrieb Kube 1941: „Ich bin gewiss hart und bereit, die Judenfrage mit lösen zu helfen, aber Menschen, die aus unserem Kulturkreis kommen, sind doch etwas anderes, als die bodenständigen, vertierten Horden.“ Bei nicht-deutschen Juden hatte er weniger Skrupel und blieb in den Holocaust verwickelt: Er führte einer Delegation italienischer Faschisten eine Gaskammer vor und bereicherte sich persönlich an jüdischem Besitz.

Am 22. September 1943 wurde Kube in Minsk getötet. Die weißrussische Partisanin Jelena Grigorievna Masanik hatte – als Dienstmädchen verkleidet – eine Bombe mit Zeitzünder unter seinem Bett versteckt. Aus Rache tötete die SS in Minsk 1.000 männliche Zivilisten.

Die weißrussische Partisanin Jelena Grigorievna Masanik

Es war rechtlich unklar, ob Wilhelm Kube auch in den Jahren 2009 (Forst) und 2014 (Spremberg) – gemeinsam mit Adolf Hitler – noch Ehrenbürger der Städte war. Die Ehrenbürgerschaft wurden daraufhin durch die Stadtverordnetenversammlungen entzogen.

Emil Stürtz

Emil Stürtz war von 1930 bis 1938 Mitglied des Reichtages für die NSDAP und wurde am 7. August 1936 als Nachfolger von Wilhelm Kube zum Leiter des Gaues Kurmark ernannt. Darauf folgte 1937 die Ernennung zum Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg und am 1. September 1939 diejenige zum Reichsverteidigungskommissar (RVK) für den Wehrkreis III, der im Wesentlichen das heutige Brandenburg umfasste.

Von unbekannt - Büro des Reichstags (Hg.): Reichstags-Handbuch 1933, IX. Wahlperiode, Verlag der Reichsdruckerei, Berlin 1934, PD-§-134, https://de.wikipedia.org/w/index.php?curid=4914843

1937 instruierte Gauleiter Emil Stürtz die ihm nachgeordneten Instanzen darüber, dass „es aus nationalpolitischen Gründen dringend erwünscht ist, dass soweit irgendwie vertretbar, bestehende slawische (polnische und wendische) Namen und Bezeichnungen für Ortschaften, Ortsteile, Flüsse und Bäche verschwinden und durch rein deutsche Namen und Bezeichnungen ersetzt werden.“ Daraufhin wurde bspw. der Ort Rogosna in Rogosen umbenannt.

Ab dem Jahr 1943 setzte er sich persönlich auch für die Einrichtung des SS-Truppenübungsplatzes in der Lieberoser Heide bei Jamlitz ein, wo für den Bau ein KZ errichtet wurde (siehe Seite 16). Emil Stürtz arbeitete bis auch in den letzten Kriegstagen noch am „Endsieg“ und nahm so im Oktober 1944 den Appell von Hitlerjungen anlässlich der Meldung von Freiwilligen im Hof des Stadtschlosses Potsdam ab. Als Gauleiter war er in der Endphase des Krieges u.a. auch für den „Volkssturm“ in Brandenburg zuständig. Stürtz gilt seit dem 21. April 1945 in Berlin als vermisst.

Henricius Haltenhoff
– Oberbürgermeister von Cottbus

Durch Verhaftungswellen und das Verbot der Parteien von KPD und SPD im Jahr 1933 wurden auch die ordentlich gewählten Stadtverordneten der Parteien aus dem Parlament entfernt. Am 28. März 1933 wurde Dr. Henricus Haltenhoff, seit 1926 Bürgermeister in Frankfurt/Oder, „getragen vom Vertrauen der Regierung und der nationalen Revolution“ (Cottbuser Anzeiger, 29.3.1933) kommissarisch als Oberbürgermeister nach Cottbus beordert. Am 1. April 1933, dem Tag des Boykotts jüdischer Geschäfte, trat er in die NSDAP ein.

Auf Grund zweier Dringlichkeitsanträge des NSDAP-Kreisleiters Gustav Konrad wählten die Stadtverordneten am 14. Juli 1933 Haltenhoff auf 12 Jahre zum Oberbürgermeister. In seine Amtszeit fallen die Verhaftung von Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und Kommunisten, die Verfolgung von jüdischen Geschäftsinhabern, die Einstellung der zivilen Luftfahrt in Cottbus zugunsten der Umrüstung zum Luftwaffenflugplatz, der Abriss eines Häuserkarrees mit dem Geburtshaus Carl Blechens zugunsten des Rathausneubaus und die Rekonstruktion der Stadtmauer durch die Deutsche Arbeitsfront.

Im Oktober 1937 wechselte er als Oberbürgermeister nach Hannover und wurde dort SA-Standartenführer. Haltenhoff war maßgeblich an der Aneignung jüdischen Grundbesitzes und von Wert- und Kunstgegenständen beteiligt. Diese wurden dem Hannoverschen Ratssilber zugeordnet, mit neuen Besitzmonogrammen versehen und an Nazigrößen verschenkt. Beim Entnazifizierungsverfahren am 14. August 1949 wurde er in die Gruppe IV (Mitläufer) eingestuft. 1954/55 war er Abgeordneter des Niedersächsischen Landtages für den Gesamtdeutschen Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten.

Hans Kehrl –
IHK-Präsident und Organisator der deutschen Kriegswirtschaft

Hans Kehrl, Foto: Bundesarchiv Bild 183-1998-0525-500

Hans Kehrl wurde 1900 als Sohn des Cottbuser Tuchmachers Rudolf Kehrl geboren – die Tuchfabriken befanden sich in der Parzellenstraße 10 und der Pücklerstraße 55 (heute Franz-Mehring-Straße 55). Er wurde zunächst familiär durch ein bürgerlich-liberales Milieu geprägt und musste durch den Tod des Vaters bereits 1926 die Firma übernehmen. Durch die Weltwirtschaftskrise verlor er das Vertrauen in das Krisenmanagement der Regierung und wandte sich den Nationalsozialisten zu. Zu dieser Zeit mühte sich Adolf Hitler um Zustimmung in den bürgerlichen Kreisen, bekannte sich im Düsseldorfer Industrie-Club zur Privatwirtschaft und versprach die Zurückdrängung des Einflusses der Arbeiterbewegung in einem künftigen autoritären Staat.

Während sich andere Unternehmer auf die Förderung und Unterstützung der NSDAP beschränkten, verschrieb sich Kehrl dem Nationalsozialismus „mit Haut und Haar“. Er erklärte am 1. Mai 1933 offiziell seinen Beitritt zur NSDAP, als die Machtübernahme als gesichert anzusehen war, weiterhin zum NSDAP-Kraftfahrerkorps, zur Deutschen Arbeitsfront, zum NS-Volkswohlbund und Reichsluftschutzbund.

In Cottbus boten sich günstige Voraussetzungen für den Start einer politischen Karriere – wegen des Fehlens erstarrter politischer Strukturen und mächtiger Industriebosse in der mittelständisch geprägten Industrieregion. Auf Veranlassung der NSDAP wurde er 1933 zum Industrie- und Handelskammer-Präsidenten berufen und verdrängte seinen jüdischen Vorgänger. Bereits 1933 wurde er von Gauleiter Kube zu seinem Gauwirtschaftsberater mit weitgehend freier Hand ernannt. 1935/36 wurde er engster Mitarbeiter von Wilhelm Keppler, dem Wirtschaftsbeauftragten Hitlers.

Um dem Rohstoffmangel in der Textilindustrie auszuweichen, ließ er in Cottbus an der Höheren Fachschule für Textilindustrie die Kunstfaser „Zellwolle“ entwickeln und gewann die mittelständische Industrie als Abnehmer des neuen Rohstoffs. Er setzte den Bau von vier neuen Werken auf der grünen Wiese durch und schuf damit in strukturschwachen Regionen die politisch dringend gewünschten Arbeitsplätze, bis diese wenig später zu Orten der Ausplünderung von Kolonnen ausländischer Zwangsarbeiter*innen wurden.

1938 übernahm er die Textilabteilung im Reichswirtschaftsministerium; ab November 1943 leitete er das Rohstoffamt im Reichswirtschaftsministerium; später wurde er Präsident des Rüstungsamtes beim Generalbevollmächtigten für Rüstungsaufgaben Albert Speer. Nach Kriegsbeginn war er verantwortlich für die Nutzung der Rohstoffe in den besetzten Gebieten und an verbrecherischen Vermögenstransaktionen im Rahmen der Umsiedlungspolitik beteiligt. Ab 30. Januar 1944 wurde er SS-Brigadeführer beim Stab des SS-Hauptamtes.

In der letzten Kriegsphase war er quasi der „Generalstabschef" des Rüstungsministers Albert Speer und der eigentliche Organisator der deutschen Kriegswirtschaft und Rüstung. Nach einem „Endsieg" wäre er wohl Wirtschaftsminister eines „Großgermanischen Reiches" geworden. Im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess wurde er zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. 1951 wurde er aus der Haft entlassen – ein Wiederaufstieg im westdeutschen Wirtschaftswunder blieb ihm verwehrt.

Sturmabteilung (SA)

Wie alle anderen Organisationen der NSDAP war auch die paramilitärische Kampforganisation der NSDAP – die Sturmabteilung (SA) – in Cottbus vertreten. Sie ging – insbesondere nach der Machtübernahme – hart gegen politische Gegner vor, verhaftete und folterte diese. Ebenso wurde die Reichspogromnacht im November 1938 durch die SA in Cottbus durchgeführt.

Über ein Vorkommnis berichtet der Cottbuser Anzeiger am 28. Januar 1933: „Von der SS-Veranstaltung ‚Apell der alten Garde' im Lokal ‚Neu Helgoland' grölten angetrunken heimgehende 30-35 SS-Leute in der Dresdner Straße ‚Deutschland erwache'. Ihnen begegnende Gewerkschafter riefen von der anderen Straßenseite ‚Freiheit', worauf sie durch die SS-Leute in eine Prügelei mit schweren Kopfverletzungen verwickelt wurden. Der Gewerkschaftssekretär Brähmig erlitt einen lebensgefährlichen Lungenstich."

Am 1. April 1933 setzte die SA den Boykott gegen jüdische Geschäfte durch und ließ Kunden und „arische" Angestellte nicht in die Geschäfte. An den Schaufenstern der Geschäfte klebten leuchtend-gelbe Plakate mit schwarzer Aufschrift „Wer beim Juden kauft, ist ein Verräter am deutschen Volk" und das so dicht, dass die Ware nicht mehr sichtbar war. Die Plakate klebten auch an Häuserwänden, wo man glaubte, dass dort jüdische Bürger wohnten.

Ende Juni bis Ende Juli 1933 setzte eine große Verhaftungswelle in Cottbus und den Nachbarorten ein. Die Verhafteten wurden zunächst in die SA-Kaserne am Ostrower Damm gebracht. Sie wurden dort mit Stockschlägen und Stiefeltritten traktiert, um Geständnisse zu erpressen. Zwei der Schläger, ein SS-Mann und ein SA-Angehöriger, konnten 1945 gefasst werden und wurden zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt.

Die SA-Sturmabteilungen befanden sich in Cottbus an diesen Orten: Gerichtsplatz 3, Mühlenstraße 46, Lieberoser Straße 26, Thiemstraße 140 und Amalienstraße 10. Die Geschäftsstelle der SS-Standarte 27, III. Sturmbann (Ehrenführer Wilhelm Kube), war in der Vetschauer Straße 7-8.

Wehrmacht

In Cottbus wurden in den 1930er Jahren zahlreiche Kasernen errichtet – die Bautätigkeit für Wohnungen ging zurück. In der Garnison Cottbus wurde zur Kriegsvorbereitung eine größere Zahl unterschiedlicher Einheiten aufgestellt. Beispielhaft sei hier die 8. Panzer-Division angeführt.

Die 8. Panzer-Division wurde am 16. Oktober 1939 in Cottbus gebildet und nahm am Frankreichfeldzug teil. Danach wurde sie auf den Balkan verlegt und nahm ab Juli 1941 am Krieg gegen die Sowjetunion teil. Dort operierte sie als Teil der Heeresgruppe Nord beispielsweise im Gebiet um Leningrad, wo durch die Blockade 1,6 bis 2 Millionen Menschen starben – im Wesentlichen durch Hunger. Im Dezember 1942 wurde die Division der Heeresgruppe Mitte zugeteilt, mit der sie im Sommer 1943 an der Schlacht um Kursk teilnahm, die einen Wendepunkt im Kriegsgeschehen markiert. Im Spätjahr 1943 wurde die Division zur Heeresgruppe Süd verlegt, um sich im Verlauf des Jahres 1944 über die Ukraine und die Slowakei nach Budapest zurückzuziehen. Die Division kapitulierte im Mai 1945.

[Zerstörte Hummel Panzerhaubitze in der Nähe von Lwiw/Lemberg, Ukraine des 80. Artillerie-Regiments, 8. Panzer-Division im Juli 1944, Quelle: unbekannt]

Quellen und Anmerkungen:

Bei den Biografien handelt es sich im Wesentlichen um Zusammenstellungen aus verschiedenen Internet-Quellen, darunter belegte Wikipedia-Artikel und diverse digitalisierte Veröffentlichungen, bspw. die „Vierteljahreshefte zur Zeitgeschichte" (für Kube: www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf). Darüber hinaus wurde u.a. folgende Literatur verwendet:

Eichholtz, Dietrich (Hrsg.): Brandenburg in der NS-Zeit, Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, Verlag Volk und Welt, Berlin 1993.

Müller, Rolf-Dieter: Hans Kehrl – Ein Parteibuch-Industrieller im „Dritten Reich"?, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1999/2, Akademie Verlag, Berlin 1999.

Weiß, Hermann (Hrsg.): Biographisches Lexikon zum Dritten Reich, Frankfurt am Main 1998.

Das „Unternehmen Cottbus“ – ein Kriegsverbrechen

von Rene Lindenau

Zu Zeiten des Dritten Reiches musste die Stadt Cottbus als Namensgeber für eine Aktion gegen weißrussische Partisanen herhalten. „Unternehmen Cottbus“ nannte sich das, was sich vom 20. bis 30. Mai 1943 zugetragen hat. Die deutschen Besatzer versuchten dabei, ein Gebiet ca. 140 Kilometer nördlich von Minsk von Partisanen zu säubern – das Gebiet, in dem Wilhelm Kube (Ex-Gauleiter Brandenburg) Generalkommissar war.

Am 31. Juli 1942 erließ der SS-Reichsführer Heinrich Himmler einen Sonderbefehl, wonach, aus „psychologischen Gründen“ das Wort „Partisan“ nicht mehr zu gebrauchen sei. So wurden Partisanen zu Banditen und zu kriminellen Verbrechern. Bei der „Bandenbekämpfung“ zeichneten sich insbesondere SS-Einheiten durch ein barbarisches Vorgehen aus; eine dieser SS-Truppen war das Sonderbataillon von Oskar Dirlewanger. Von ihnen berichtete SS-Brigadeführer Curt von Gottberg in seinem Einsatzbericht u.a.: „Wenn bei 4.500 Feindtoten nur 492 Gewehre erbeutet wurden, dann zeigt dieser Unterschied, dass sich auch unter diesen Feindtoten zahlreiche Bauern des Landes befinden. Besonders das Bataillon Dirlewanger ist dafür bekannt, dass es zahlreiche Menschenleben vernichtet. Unter den 5.000 Bandenverdächtigen, die erschossen wurden, befinden sich zahlreiche Frauen und Kinder. […]“.

Tatsächlich hatten die Nazis mit Dirlewanger jemanden mit einer kriminellen Vergangenheit in den Krieg geschickt. Sein Vorstrafenregister wies Einträge über Landfriedensbruch und die Verführung einer Minderjährigen aus – sein Doktortitel war ihm deswegen entzogen worden.

Offiziellen Zählungen zufolge sollen im „Unternehmen Cottbus“ 9.796 Menschen getötet worden sein; 6.053 Einwohner wurden zur Zwangsarbeit verschleppt und 2.000-3.000 Zivilisten starben, als sie von den SS-Kommandos über Minenfelder getrieben wurden – „Minensuchgerät“ wurde dies genannt.

Das reichte Dirlewanger aber offenbar nicht und er meldete, allein 14.000 Tote in der Bilanz des „Unternehmens Cottbus“ beigetragen zu haben. Letztendlich kam der SS-Offizier im Juni 1945 in französischer Kriegsgefangenschaft ums Leben. Ehemalige polnische Zwangsarbeiter sollen ihn zuvor schwer misshandelt haben. Noch ein Jahr zuvor war Dirlewangers Soldateska an der Ermordung tausender Zivilisten bei der Niederschlagung des Aufstandes in Warschau beteiligt (siehe unten).

Zurück zum „Unternehmen Cottbus“ selbst: Danach waren in Weißrussland ganze Landstriche entvölkert. Sogenannte „tote Zonen“ blieben zurück. Menschen wurden in Scheunen getrieben und lebendig verbrannt. 113 Ortschaften wurden zerstört (siehe auch Seiten 13, 14 und 15).

Quellen:

Gerlach, Christian: Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrussand 1943 -1945, Hamburger Edition, Hamburg 1999.

Michaelis, Rolf: Das SS-Sonderkommando Dirlewanger. Ein Beispiel deutscher Besatzungspolitik in Weissrussland, Michaelis-Verlag, Berlin 1998, 2.Auflage 1999.

Dokumente des Grauens

Das folgende Dokument stammt aus dem Stab von Wilhelm Kube (S. 9) und bilanziert das „Polizeiunternehmen Cottbus“ aus der Sicht der Verwaltung. Es wurde in den Nürnberger Prozessen verwendet. Zum einen dokumentiert es das Vorgehen der SS und anderer Einheiten gegen die Zivilbevölkerung. Zum anderen zeigt es, dass es auch innerhalb der Reihen der deutschen Streitkräfte und der Verwaltung Kritik am Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung gab.

In einem weiteren Dokument des Reichskommissars Ostland in Bezug auf Kubes Bericht heißt es: „Daß die Juden sonderbehandelt werden, bedarf keiner Erörterung.“ Und weiter, um das Ansehen der deutschen Truppen bemüht: „Männer, Frauen und Kinder in Scheunen zu sperren und diese anzuzünden, scheint mir selbst dann keine geeignete Methode der Bandenbekämpfung zu sein, wenn man die gesamte Bevölkerung ausrotten will. Diese Methode ist der deutschen Sache nicht würdig und tut unserem Ansehen stärksten Abbruch.“

Quelle:

Dokument aus den Nürnberger Prozessen (gegen Hermann Göring et al.): IMT Nuremberg Archives, H – 2833, International Court of Justice, S. 3 und 4; ursprünglich aus dem Stab von Wilhelm Kube, Generalkommissar für den Generalbezirk Weißruthenien (Weißrussland).

Der Generalkommissar
für Weißruthenien

Gauleiter/Ba.
Tgb.Nr. 428/43 g.

Minsk, am 5.Juni 1943

Geheim!

An den
Herrn Reichsminister für die besetzten Ostgebiete

Berlin

durch den Herrn Reichskommissar für das Ostland

Riga

Betr.: Das bisherige Ergebnis des Polizeiunternehmens "Cottbus" für die Zeit vom 22.6. bis zum 3.7.1943

SS-Brigadeführer, Generalmajor der Polizei v. Gottberg meldet, daß das Unternehmen "Cottbus" im genannten Zeitraum folgendes Ergebnis hatte:

Feindtote	4 500
Bandenverdächtige-Tote	5 000
Deutsche Tote	59
Deutsche Verwundete	267
Fremdvölkische Tote	22
Fremdvölkische Verwundete	120
Gefangene Bandenangehörige	250
Vernichtete Feindlager	57
Vernichtete Feindbunker	261
Erfaßte Arbeitskräfte männl.	2 062
Erfaßte Arbeitskräfte weibl.	450
Versenkt wurden größere Boote	4
Versenkt wurden Flöße	22

Erbeutet wurden:

1 Flugzeug, 12 Schleppsegler, 10 15cm-Geschütze, 2 Pak, 9 Granatwerfer, 23 sMG, 28 lMG, 28 MPi. 492 Gewehre, 1 028 Granaten und Bomben, 1 100 Minen, 31 300 Schuß Gewehrmunition 7 300 Schuß Pistolenmunition, 1 200 kg Sprengstoff, 2 komplette Funkstellen mit Sender, 1 Bildstelle, 30 Fallschirme, 67 Fuhrwerke, 530 Pferde, 1 Feldküche, 430 Schlitten, große Mengen Medikamente und Propagandamaterial.

Das Unternehmen berührt das Gebiet des Generalbezirks Weißruthenien im Gebiet Borissow. Es handelt sich dabei besonders um die beiden Kreise Begomie und Pleschtschamizy. Gegenwärtig sind die Polizeitruppen zusammen mit der Wehrmacht bis zum Pakik-See

vorgestoßen und haben die ganze Front der Beresina erreicht. Die Fortsetzung der Kämpfe findet im rückwärtigen Heeresgebiet statt.

Die genannten Zahlen zeigen, daß auch hier wieder mit einer sehr starken Vernichtung der Bevölkerung zu rechnen ist. Wenn bei 4 500 Feindtoten nur 492 Gewehre erbeutet wurden, dann zeigt dieser Unterschied, daß sich auch unter diesen Feindtoten zahlreiche Bauern des Landes befinden. Besonders das Bataillon Dirlewanger ist dafür bekannt, daß es zahlreiche Menschenleben vernichtet. Unter den 5 000 Bandenverdächtigen, die erschossen wurden, befinden sich zahlreiche Frauen und Kinder.

Auf Anordnung des Chef-s der Bandenbekämpfung, SS-Obergruppenführer von dem Bach, haben auch Einheiten der Wehrmannschaften an dem Unternehmen teilgenommen. SA-Standartenführer K u n z e hat die Wehrmannschaften geführt, zu denen auch 90 Angehörige meiner Behörde und des Gebietskommissariats Minsk-Stadt gehörten. Unsere Männer sind gestern ohne Verluste von dem Unternehmen zurückgekehrt. Einen Einsatz der Beamten und Reichsangestellten des Generalkommissariats im rückwärtigen Heeresgebiet lehne ich ab. Die bei mir tätigen Männer sind schließlich nicht darum uk-gestellt worden, um anstelle der Wehrmacht und der Polizei aktiv Bandenbekämpfung zu betreiben.

Von den Wehrmannschaften ist 1 Eisenbahner verwundet worden (Lungenschuß). Die politische Auswirkung dieser Großaktion auf die friedliche Bevölkerung ist infolge der vielen Erschießungen von Frauen und Kindern verheerend. Im Dezember wurde die Stadt Begomie von der Wehrmacht und der Polizei geräumt. Damals stand die Bevölkerung von Begomie überwiegend zu uns. Im Laufe der Kampfhandlungen ist Begomie, das die Partisanen zu einem Stützpunkt ausgebaut hatten durch deutsche Luftangriffe zerstört worden.

Der Generalkommissar in M i n s k

gez. Unterschrift

OPFER // Das Konzentrationslager Lieberose / Jamlitz – Vernichtung durch Arbeit und Massaker

Knapp 30 Kilometer nördlich von Cottbus befand sich eines der größten Konzentrationslager von als Juden verfolgten Häftlingen im Gebiet des Deutschen Reichs. Die Inhaftierten waren zur Errichtung des SS-Truppenübungsplatzes Kurmark in der Nähe der Kleinstadt Lieberose eingesetzt. Von den insgesamt bis zu 10.000 „jüdischen" Gefangenen dort überlebten den Krieg lediglich rund 400. Und doch ist das KZ in der Region etwas in Vergessenheit geraten?!

Zum Jahreswechsel 1942/43 wurde mit einer personellen Verstärkung der Waffen-SS-Verbände um 100.000 Mann begonnen. Zur Realisierung des massiven Ausbaus der Truppenstärke mussten die vorhandenen Ausbildungskapazitäten erweitert und neue geschaffen werden. Daher beschloss das SS-Führungshauptamt die Errichtung von vier neuen Truppenübungsplätzen. Zu diesen zählte der SS-Truppenübungsplatz Kurmark in Jamlitz bei Lieberose in Brandenburg, der eine Fläche von 38.854 Hektar umfassen sollte. Für den Truppenübungsplatz sollten zunächst auch 17 Dörfer umgesiedelt werden. Vor Ort bildete sich aber Widerstand, der selbst durch Anweisungen von Himmler oder aus der Wolfsschanze (Martin Bormann) nicht völlig niedergeschlagen werden konnte. Werbeveranstaltungen für die Aussiedlung mussten nach Tumulten abgebrochen werden und Himmler fürchtete die Entstehung einer „slawischen Bandenbewegung". Daraufhin wurde die geplante Aussiedlung im November 1943 abgebrochen.

Die Baugenehmigung für den Truppenübungsplatz war durch den Rüstungsminister Albert Speer nur deshalb erteilt worden, weil die SS zugesagt hatte, eigene Arbeitskräfte zu stellen. Aus dem KZ Sachsenhausen wurden am 9. November 1943 die ersten 22 Häftlinge nach Jamlitz überstellt, die am folgenden Tag mit der Rodung eines Waldes für das Häftlingslager begannen.

Die Zahl der Häftlinge, darunter auch Kriegsgefangene, wuchs nun kontinuierlich an. Die meisten kamen aus dem KZ Groß Rosen und aus Auschwitz. So trafen im Juni 1944 2.400 jüdische Häftlinge aus Auschwitz-Birkenau ein, die aus 12 Ländern stammten - überwiegend aus Polen und Ungarn. Insgesamt sollen rund 11.000 Häftlinge beim Bau des Übungsplatzes eingesetzt worden sein, die höchste Belegung soll bei ca. 4.500 gelegen haben. Es gibt Hinweise darauf, dass der Krankenstand und die Sterblichkeit in keinem Außenlager des KZ Sachsenhausen so hoch waren wie im „Arbeitslager Lieberose". Im Lager selbst sind zwischen Juni 1944 und Februar 1945 rund 3.500 Inhaftierte verstorben, rund 4.000 Kranke wurden nach Ausschwitz zurück transportiert.

Häftlinge des Außenlagers Lieberose des KZ Sachsenhausen beim Leitungsbau von Jamlitz zum Arbeitskommando SS-Unterkünfte Ullersdorf, August 1944. Foto: Kurt Giese. / Quelle: Jamlitz-Archiv der Evangelischen Kirchengemeide Lieberose und Land.

Grund dafür sind die verheerenden Arbeits- und Haftbedingungen: Die Häftlingsbaracken waren ohne Wasserstellen und Toiletten errichtet worden, die Arbeit zur Errichtung des riesigen Truppenübungsplatzes, von Straßen, Kasernen und Schienenanlagen war extrem hart, die Ernährung mangelhaft und die SS-Wachmannschaften unter Führung des Lagerleiters Wilhelm Kersten äußerst brutal. Den Weg zur Arbeit mussten die Inhaftierten barfuß antreten, um die Holzpantinen „zu schonen". Berüchtigt als Strafkommando war die Arbeit bei der Cottbuser Gleisbaufirma „Richard Reckmann", die zugleich im Frühjahr 1944 das „Gleis drei" an der Rampe im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau verlegt hatte, an welchem die Selektion zwischen Gaskammer und Vernichtung durch Arbeit durchgeführt wurde.

Bei der Auflösung des Lagers am 2. Februar 1945 ermordete die SS auf dem Lagergelände 1.342 marschunfähige, kranke oder zu schonende Häftlinge, die in umliegenden Massengräbern verscharrt wurden. Während die Erschießungen schon angelaufen waren, verletzte der jüdisch-ungarischer Arzt Dr. Edmund Erdösz aus Kaposvár den Lagerkommandanten mit einem Löffelstiel schwer am Hals, als dieser weitere kranke Inhaftierte zur „Sonderbehandlung" abholen wollte. 1.000 jüdische Häftlinge waren zuvor ins KZ Mauthausen deportiert, 1.500 Inhaftierte auf einen „Todesmarsch" nach Oranienburg getrieben worden. Den Krieg überlebten nicht mehr als 400 der jüdischen Inhaftierten.

Das Lagergelände wurde ab Februar 1945 dann zentrales SS-Auffanglager und dort war kurzzeitig auch die SS-Brigade „Dirlewanger" stationiert, die am „Polizeiunternehmen Cottbus" in Weißrußland teilgenommen hatte (siehe S. 13) und sowohl dort als auch bei der Niederschlagung des Warschauer Aufstands tausende Zivilisten ermordete.

Von September 1945 bis April 1947 bestand am Standort in Jamlitz das sowjetische Speziallager Nr. 6, in dem rund 10.000 mehrheitlich „niedrige" Funktionäre der NSDAP und ihrer Gliederungen inhaftiert waren. Die Sterberate lag bei rund einem Drittel.

Quellen:

Der profundeste Kenner der Lager in Jamlitz ist Andreas Weigelt, von dem ein Buch exemplarisch für seine Arbeiten angeführt werden soll: Weigelt, Andreas (2011): Judenmord im Reichsgebiet. Lieberose: Außenlager des KZ Sachsenhausen, Metropol Verlag Berlin. Weitere Informationen: www.die-lager-jamlitz.de.

Die genauere Untersuchung der Verstrickung von Niederlausitzer Unternehmen in das Lagersystem harrt noch der genaueren Untersuchung. Indizien deuten darauf hin, dass die Cottbuser Gleisbaufirma „Richard Reckmann" auch am Bau zahlreicher anderer Konzentrationslager beteiligt war.

Inhaftiert im Frauenzuchthaus Cottbus: Frauen im Widerstand *von Herta Venter*

Der 75. Jahrestag der Befreiung ist auch Anlass, der Frauen zu gedenken, die im „Dritten Reich“ Widerstand gegen den Nationalsozialismus leisteten und im Frauenzuchthaus Cottbus inhaftiert waren. Zwar wurde häufig von „Männern und Frauen im Widerstand“ gesprochen, dennoch wurden Frauen lange Zeit nicht als Widerstandskämpferinnen wahrgenommen. Aktives politisches Handeln wurde mit Männlichkeit gleichgesetzt und Frauen waren somit nur Helferinnen der Männer und nicht selbstständig Handelnde.
Neuere Forschungen haben ergeben: Im „Dritten Reich“ widersetzten sich Frauen aus allen sozialen, kulturellen und politischen Schichten dem Führungsanspruch der Nationalsozialisten. Zuerst waren es politisch organisierte Frauen aus der Arbeiterbewegung, die sich gegen das faschistische Regime wehrten. Christinnen gehörten dazu und Frauen, die aus ihrer humanistischen Überzeugung heraus die Herrschaft der Unmenschlichkeit bekämpften. Mit der Ausweitung von Terror, Verfolgung und Mord erfasste der Widerstand weitere Teile der Bevölkerung. Frauen beteiligten sich an allen Aktionen des Widerstandes. Auch wenn diese Frauen nicht die Möglichkeit hatten, das Regime zu stürzen, den Krieg zu verhindern oder zu beenden, sahen die Nationalsozialisten in ihnen dennoch eine ernsthafte Bedrohung der „Volksgemeinschaft“. Deshalb wurden Frauen ebenso wie männliche Widerstandskämpfer verfolgt, inhaftiert und ermordet.

Am 21. März 1933 wurden reichsweit Sondergerichte eingeführt. Diese Sondergerichte waren Gerichte außerhalb der ordentlichen Gerichtsbarkeit. Bekannt wurden sie vor allem als Teil der NS-Justizverbrechen, wo sie durch die massenhafte Verhängung von Todesstrafen bzw. langjährigen Zuchthausstrafen oder Inhaftierung in Konzentrationslagern wegen meist geringfügiger Delikte hervortaten. Fast 10.000 Menschen ließ das NS-Regime wegen geringer Delikte hinrichten – mit Hilfe willfähriger Juristen an Sondergerichten.
Durch Erlass des Generalstaatsanwaltes beim Kammergericht Berlin vom 13. Januar 1939 wurde das Frauengefängnis Cottbus in der Bautzner Straße in ein Frauenzuchthaus umgewandelt. Eine Hauptbestimmung war die strenge Isolierung politischer Gefangener von der Außenwelt. Das betraf Frauen und Mädchen aus Deutschland und mehreren europäischen Ländern.

Ab 1942 war das Frauenzuchthaus ein Durchgangslager für Frauen aus Frankreich, Belgien, Holland, Norwegen und Dänemark, die Widerstand gegen die Nazis und die Besetzung ihrer Länder leisteten. Durch den sogenannten Nacht-und-Nebel-Erlass wurden sie von Wehrmachts-angehörigen gefangen genommen und nach Deutschland deportiert. Im November 1942 waren im Frauenzuchthaus Cottbus 693 Frauen inhaftiert.
Deutsche Konzerne industrialisierten die Zuchthausarbeit. Zunächst konzentrierte sich die Produktion auf die Aufarbeitung von Häftlings- und Wehrmachtskleidung. Später wurden Produktionsabteilungen geschaffen zur Herstellung von Matratzen und Gasmaskenfiltern.

Im letzten Kriegsjahr, vor der nahenden Front, wurden politische Gefangene aus dem Frauenzuchthaus verlegt: z.B. polnische politische Gefangene in das Vernichtungslager Auschwitz und rund 200 westeuropäische Gefangene in das KZ Ravensbrück.
Am 15. Februar 1945 wurde Cottbus bombardiert. Das Frauenzuchthaus wurde getroffen, vermutlich sind dabei rund 100 Frauen aus dem Gefängnis ums Leben gekommen. Es wird davon ausgegangen, dass zu diesem Zeitpunkt 1.100 Gefangene im Frauenzuchthaus inhaftiert waren. Nach der teilweisen Zerstörung des Zuchthauses wurden etwa 250 Gefangene, die nur noch kurze Strafreste abzusitzen hatten, freigelassen und 200 Häftlinge in Außenarbeitsstellen untergebracht. Die zu langjährigen Zuchthausstrafen Verurteilten wurden nach Waldheim oder Bayreuth verlegt.

Drei Frauen, die als Widerstandskämpferinnen selbständig handelten und denen zu Recht ein Ehrenplatz in der Geschichte des deutschen Widerstandes gebührt, waren im Frauenzuchthaus Cottbus inhaftiert und sollen hier – stellvertretend – vorgestellt werden.

Johanna Kirchner, geb. Strunz (* 24. April 1889 in Frankfurt am Main; † 9. Juni 1944 in Berlin-Plötzensee) war eine deutsche Widerstandskämpferin in der Résistance.

Johanna Kirchner kam aus einer sozialdemokratischen Familie. Mit 14 Jahren schloss sie sich der Sozialistischen Arbeiter-Jugend an und trat mit 18 in die SPD ein. Sie war in Frankfurt am Main befreundet mit Eleonore (Lore) Wolf, die einen ähnlichen Lebensweg nahm.
Kurz nach der Geburt ihrer Tochter Lotte heiratete sie 1913 den Sozialdemokraten Karl Kirchner. Während des Ersten Weltkriegs engagierte sich die Mutter von zwei Töchtern in der kommunalen Wohlfahrtspflege und danach beim Aufbau der 1919 gegründeten Arbeiterwohlfahrt.
1933 musste die engagierte Antifaschistin untertauchen, da der Gestapo ihre Mithilfe bei der Befreiung eines Nazigegners bekannt wurde und sie verhaftet werden sollte. Sie flüchtete nach Saarbrücken, das damals noch französisch besetzt war. Dort leitete sie das Saarflüchtlingskomitee, schrieb Pläne und Berichte für den SPD-Exilvorstand und produzierte und verbreitete illegale Flugblätter. Nachdem 1935 das Saargebiet an Hitlerdeutschland angeschlossen worden war, floh Johanna Kirchner weiter nach

Forbach, Metz und schließlich Paris. Auch von hier aus unterstützte sie den Widerstand in Deutschland.

Obwohl Johanna Kirchner der SPD angehörte und ihre langjährige Freundin Lore Wolf illegale Arbeit für die KPD leistete, arbeiteten beide im Saargebiet eng zusammen, als sie die Emigration vieler Funktionsträger der Arbeiterbewegung aus dem Reich organisierten. Damit verwirklichten sie nach Ansicht von Wolfgang Abendroth „die Einheit der Arbeiterbewegung in der antifaschistischen Arbeit".

Die Gestapo verlangte von den französischen Behörden die Auslieferung, die im Juni 1942 erfolgte.

Im Mai 1943 wurde Johanna Kirchner vom Volksgerichtshof in Berlin wegen Landesverrats zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt und ins Frauenzuchthaus Cottbus eingeliefert.

Nachdem sie die Aufhebung der Haftstrafe verlangt hatte, verurteilte sie der Volksgerichtshof nach einem halbstündigen Verfahren am 21. April 1944 zum Tode – das Urteil wurde nach 49 Tagen Haft in Plötzensee am 9. Juni 1944 vollstreckt.

Johanna Melzer, (* 7. August 1904 in Oberwaldenburg; † 3. Oktober 1960 in Berlin) war Arbeiterin und Abgeordnete, Mitglied der KPD und Widerstandskämpferin im Ruhrgebiet.

1918 besuchte Melzer die Handelsschule, im Jahr 1923 wurde sie Mitglied des Kommunistischen Jugendverbands Deutschland. Ein Jahr darauf wurde sie Mitglied der KPD sowie Mitglied der Bezirksleitung im Ruhrgebiet, ab 1930 war sie dann auch Mitglied der Bezirksleitung Erfurt. Wegen illegaler Tätigkeiten in Dortmund während des Jahres 1933 erfolgte ihre Verhaftung am 26. August 1934. Im Jahr 1935 wurde sie im anschließenden Prozess zu 15 Jahren Zuchthaus wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt. Von 1939 bis 1944 war Johanna Melzer im Frauenzuchthaus Cottbus inhaftiert und bekam den Namen „Eiserne Johanna", da sie beharrlich schwieg und keine belastenden Aussagen machte, obwohl sie Wochen in Handfesseln gehalten wurde.

Nach ihrer Befreiung durch die Alliierten kehrte sie nach Dortmund zurück und wurde dort Mitglied der Bezirksleitung der KPD Ruhr. Von 1947 bis 1950 war Johanna Melzer Mitglied des Landtages Nordrhein-Westfalen. Sie war zudem Mitbegründerin des Demokratischen Frauenbunds Deutschlands (DFD) in der Bundesrepublik und Mitglied des Bundesvorstandes. Wegen ihres Engagements gegen die Re-Militarisierung der BRD hatte sich Johanna Melzer 1952 erneut einem Gerichtsverfahren zu stellen. Sie wurde beschuldigt, Flugblätter mit der Überschrift „Alliierter Plan für Wehrmacht fertig" gedruckt zu haben, in denen zur Durchführung einer Volksbefragung aufgerufen wurde. 1953 entzog sie sich einem erneuten Haftbefehl, bevor sie 1956 in die DDR übersiedelte.

Erna Stahl, (* 15. Februar 1900 in Hamburg; † 13. Juni 1980 in Hamburg) war eine deutsche Reformpädagogin, lehrte an der Lichtwark-Schule in Hamburg Deutsch und Geschichte und gehörte zum Umfeld der Weißen Rose Hamburg. Erna Stahl hatte den Mut, den Schüler*innen Inhalte zu vermitteln, die damals auf dem Index standen. Auf privaten Leseabenden machte sie diese mit verbotenen Dichtern wie Hugo von Hoffmannsthal oder Thomas Mann bekannt, deren Bücher am 10. Mai 1933 von den Nazis verboten und verbrannt worden waren.

1933 erschien ein „Führer durch die Ausstellung Entartete Kunst", in der Maler wie Paul Klee, Emil Nolde, Otto Dix geächtet wurden. Die Ausstellung sollte den „Kunstbolschewismus" beenden. Erna Stahl antwortete darauf, indem sie den Schüler*innen auch die Bilder der Expressionisten, den „Blauen Reiter" und die „Brücke" nahebrachte. Als sie Ostern 1935 gar eine Klassenreise nach Berlin organisierte, um den Schüler*innen die Originale in den dortigen Museen zeigen zu können, musste sie die Lichtwark-Schule verlassen.

1943 wurde Erna Stahl zum ersten Mal verhaftet, 1944 zum zweiten Mal und ins Gefängnis Hamburg-Fuhlsbüttel verbracht und weiter in das Frauenzuchthaus Cottbus transportiert, wo der Volksgerichtshof tagen sollte. Vor der herannahenden Roten Armee wurde Erna Stahl Anfang 1945 weiter nach Bayreuth verlegt. Hier wurde ihr die Anklageschrift vom 23. Februar 1945 zugestellt. Diese enthielt die Anklagepunkte: Vorbereitung zum Hochverrat, Feindbegünstigung, Wehrkraftzersetzung, Rundfunkverbrechen, planmäßige Verseuchung der Jugend. Angesichts dessen musste Erna Stahl mit der Todesstrafe rechnen. Am 14. April 1945 wurde sie jedoch zusammen mit anderen Häftlingen von amerikanischen Truppen befreit, während am 17. April 1945 in dem noch nicht befreiten Hamburg der Prozess vor dem dort tagenden Volksgerichtshof stattfand, allerdings in Abwesenheit der Angeklagten.

„Jüdisches“ Leben und Sterben

Der älteste Nachweis von Juden in Cottbus stammt aus dem Jahr 1448 und danach lassen sich Menschen mit jüdischem Glauben durch alle Zeiten nachweisen. Ab 1814 war es durch die Regierung untersagt, Verstorbene über weite Strecken zu transportieren. Somit war es nicht mehr möglich, Cottbuser Juden auf dem Friedhof im etwa 50 km entfernten Friedland zu beerdigen. So wurde 1814 ein eigener jüdischer Friedhof in Cottbus an der Straße der Jugend angelegt (Alter Jüdischer Friedhof). Eine jüdische Gemeinde gründete sich in Cottbus jedoch erst im Jahr 1858 und umfasste die Gebiete Cottbus, Luckau, Calau und Spremberg. 1866 gehörten der Gemeinde 31 Personen an.

1902 wurde die Synagoge in Cottbus für 300 Gottesdienstbesucher an der heutigen Karl-Liebknecht-Straße 132 eingeweiht – in den Novemberpogromen 1938 wurde sie zerstört.

1902 wurde die Synagoge für 300 Gottesdienstbesucher an der heutigen Karl-Liebknecht-Straße 132 (früher Jahrstraße) eingeweiht. Die Gemeinde hatte zu diesem Zeitpunkt 90 Mitglieder. Insgesamt lebten um die Jahrhundertwende rund 350 Menschen mit jüdischen Wurzeln in Cottbus.

Im Jahr 1917 wurde an der Dresdener Straße der Neue Jüdische Friedhof angelegt, denn der bisherige Friedhof an der Straße der Jugend hatte seine Kapazitätsgrenzen erreicht. Die Feierhalle des Friedhofs wurde 1929 im Stil der neuen Sachlichkeit errichtet.

Verfolgung und Entrechtung

Bereits im Jahr 1933 begannen die systematische Ausbeutung, Diskriminierung, Verfolgung und Vernichtung jüdischer Bürger*innen in Deutschland. Auswirkungen dieser Verfolgung und Diskriminierung waren bis ins kleinste Dorf zu spüren. Allein in diesem Jahr wurden 315 Gesetze und Verordnungen zu ihrer Entrechtung erlassen. Bei der Ortspolizeibehörde Cottbus wurde die Abteilung VI gegründet, die nur für sogenannte „Judenangelegenheiten“ zuständig war.

Am 31. März 1933 erschien im Cottbuser Anzeiger ein Boykottaufruf, der ab dem 1. April gelten sollte: „Wer beim Juden kauft, ist ein Verräter am deutschen Volke!“ Der Aufruf galt neben Läden auch Anwälten sowie Ärzten. Der Boykott wurde von SA-Männern kontrolliert, die vor den Geschäften, Praxen und Kanzleien vor „dem Juden“ warnten und auch „arische“ Angestellte nicht durchließen. Die Zahl der Kunden und Klienten ging drastisch zurück. Ebenso wurde verfügt, dass beinahe alle jüdischen Anwälte nicht mehr arbeiten durften. Staatsdiener und Angestellte wurden gekündigt; Fabriken und Häuser zunehmend enteignet und „arisiert“.

Vielen jüdischen Menschen wurde so die materielle Lebensgrundlage entzogen. Gleichzeitig wurde die Auswanderung forciert. Und viele Juden versuchten, dem Druck nachzugeben und aus der Naziherrschaft zu entkommen. So emigrierten am 1. Oktober 1936 34 Juden aus Cottbus, hauptsächlich nach Südafrika und Brasilien. Dies war mit einem hohen bürokratischen Aufwand und entsprechenden Kosten verbunden und nicht selten wurden auswanderungswillige Menschen vor Aushändigung ihres Visums deportiert. So versuchte der Pianist Siegfried Bernstein verzweifelt, nach China zu emigrieren, wurde aber 1942 in das Warschauer Ghetto deportiert, von wo er weiter in das Todeslager Treblinka verschleppt wurde.

Nach Verabschiedung der „Nürnberger Rassegesetze“ verschärfte sich die Lage erneut. In Cottbus folgte am 14. Dezember 1936 die Polizeiverordnung über die „Feststellung der Wahlberechtigten“, aller ansässigen „reichsdeutschen Nichtarier“ und sogenannter „Mischlinge“. Daraufhin wurde der damalige Vorsteher der Synagogengemeinde, Georg Schlesinger, von der Ortspolizeibehörde aufgefordert, eine Liste mit sämtlichen Mitgliedern der Gemeinde und ihrer Verwandten zu erstellen. Laut dieser Liste lebten zum damaligen Zeitpunkt 334 jüdische Bürger*innen in Cottbus: 87 Kinder, 128 Frauen und 119 Männer sowie 98 Menschen ohne deutschen Pass.

In der „Reichskristallnacht“ am 9. November 1938 wurde auch in Cottbus die Synagoge niedergebrannt und der Alte Jüdische Friedhof geschändet. Darüber hinaus wurden Geschäfte geplündert und abgebrannt. So wurden die Haushaltswaren-, Leder- und Schuhgeschäfte in der Burgstraße, Wallstraße (heute Friedrich-Ebert-Straße), Bahnhofsstraße, der Lausitzer Straße und der Bismarckstraße (heute Wernerstraße) überfallen. Auch Büros und Arztpraxen wurden durch die SA verwüstet, beispielsweise die Anwaltskanzlei Hammerschmidt in der Bahnhofsstraße. Vor allem wohlhabende Männer wurden verhaftet und rund 30 von ihnen in das KZ Sachsenhausen deportiert. Darunter waren auch der Rechtsanwalt Hammerschmidt, der aus dem Bett heraus verhaftet wurde, und – der eigentlich mittellose – Siegfried Bernstein, die beide aber zunächst wieder nach Cottbus zurückkehrten. Andere Gefangene wurde freigelassen, nachdem ihre Familien Teile ihres Besitzes überschrieben hatten.

Deportation

Nach Selbstmorden, Verhaftungen und Emigration lebten im Juni 1939 noch 162 Jüdinnen und Juden in der Stadt. Die jüdische Bevölkerung wurde ab Herbst zunehmend gezwungen, in sogenannten „Judenhäusern“ zu leben. Dort sollten sie „durch das wachsame Auge der gesamten Bevölkerung“ (Reinhard Heydrich, Leiter des Reichssicherheitshauptamtes) kontrolliert werden. In Cottbus befanden sich diese in der Münzstraße 42, Rossstraße 27, Kaiserstraße 5 (ausschließlich für alte Menschen), Mühlenstraße 37, Dresdener Straße 55 und Wallstraße 9. Der Zustand der Häuser war meist schlecht, so war das alte Haus in der Münzstraße 42 vorher für „Sittendirnen“ als nicht geeignet befunden worden.

Die Zusammenfassung der Juden in Judenhäusern erleichterte auch die Deportationen, die ab 1940 verstärkt stattfanden. Im April 1942 wurde eine größere Gruppe jüdischer Bürger*innen ins Warschauer Ghetto verbracht. Der letzte Deportationszug verließ Cottbus am 24. August 1942 nach Theresienstadt. Mit ihm wurden Synagogenvorsteher Georg Schlesinger sowie alle Bewohner*innen der Rossstraße 27 und der Münzstrasse 42 deportiert. In den Waggons des Zuges waren insgesamt 764 Menschen zusammengepfercht – von denen nur 31 den Holocaust überlebten. Unter den Deportierten befand sich auch die 91-jährige Johanna Blankenstein, die am 24. Oktober 1942 in Theresienstadt starb. Am 26. Oktober 1942 fuhr der erste Transport von Theresienstadt nach Auschwitz – mit 1.866 Personen, davon 105 Kinder. 1.619 wurden vergast. Auschwitz war nun das Ziel aller künftigen Transporte.

In Cottbus erlebten lediglich 12 jüdische Menschen die Befreiung – sogenannte „Mischehen“ hatten sie vor der Deportation geschützt. Es ist nicht bekannt, dass es im Untergrund Überlebende gab. Lediglich Wolfgang Hammerschmidt, „Mischling“ und Sohn des Rechtsanwalts Hermann Hammerschmidt, floh aus der Zwangsarbeit in Frankreich, versteckte sich monatelang und erlebte das Kriegsende in Berlin als Befreiung.

Das Tragen des Judensterns wurde ab 1941 Pflicht. Foto: Daniel Ullrich

Einzelschicksale

1933 nahm sich der jüdische Kinderarzt Gustaf Matzdorf gemeinsam mit seiner Frau das Leben. Die Häuser, in denen sie zur Miete wohnten und ihre Praxis hatten, und die ebenfalls in jüdischem Besitz waren, gingen Ende der 1930er Jahre in städtischen Besitz über.

Nach den Pogromen am 9. November 1938 wurden Bruno und Alfred Konschewski verhaftet. Sie starben in KZ-Haft am 24. Dezember 1938 und am 19. Dezember 1939.

Arthur Israeliski wurde gezwungen, die Wohnung in der Bismarckstraße 2 aufzugeben und in das Judenhaus Mühlenstraße 37 zu ziehen. Er und seine Frau Elfriede wurden am 24. August 1942 in das Ghetto Theresienstadt deportiert. Arthur Israelski starb dort am 16. Mai 1944. Seine Frau wurde im Oktober 1944 ins Vernichtungslager Auschwitz transportiert. Auch von ihrem Sohn Horst verliert sich in Auschwitz jede Spur.

Die Schülerin Anni Fuchs, wohnhaft am Altmarkt 29, wurde nach Schweden geschickt und später in ein Internat nach England. Ihre Mutter, Rosa Fuchs, wurde am 27. Februar 1943 in Theresienstadt ermordet. Ihr geschiedener Mann, Arthur Goldstein, starb Ende 1942 im Ghetto Piasti bei Lublin. Seinem Bruder Richard Goldstein (Bahnhofstraße 7, Inhaber der Speditionsfirma Franz Dehnicke) wurde im Februar 1941 die Staatsbürgerschaft aberkannt und sein Vermögen eingezogen. Er starb am 10. Januar 1943 in einem Internierungslager in Italien, während er auf seine Genehmigung zur Einreise nach Palästina wartete. Seine Frau Else Goldstein erreichte nach zwei Jahren Irrfahrt Palästina.

Anmerkungen:

Ein Dank gebührt den Menschen, die die Erinnerung an Vertreibung und Mord so lange aufrechterhalten und immer wieder recherchiert haben. Wesentliche Daten und Fakten dieses Artikels sind der „Jüdischen Geschichte in Cottbus - Teil II“ auf www.mybrandenburg.net/node/69 (creative commons) entnommen.

Mittlerweile ist von Erika Pchalek auch das Buch „Stolpersteine“ erschienen, in welchem zahlreiche Schicksale beschrieben werden.

Darüber hinaus wurden Internet-Quellen und folgende Literatur verwendet:

Hammerschmidt, Wolfgang (1995): Spurensuche. Zur Geschichte der Familie Hammerschmidt in Cottbus, Psychosozial-Verlag.

Geschichte und Gegenwart des Bezirkes Cottbus, in: Niederlausitzer Studien, Heft 22/1988, Cottbus 1988, S. 123 f.

Gedanken zum Jahrestag der Befreiung aus sorbischer/wendischer Sicht = Mysli k wulichowanju w maju 1945 ze serbskeje perspektiwy

In jüngster Zeit sind von Historiker*innen des Sorbischen Instituts (Bautzen und Cottbus) neue Forschungsergebnisse zum Umfeld der Ereignisse des 8. Mai 1945 vorgelegt worden. Während die Arbeiten von Michael Richter[1] die Veränderungen in der deutsch-sorbischen Oberlausitz während des Zweiten Weltkriegs über die Zäsur 1945 hinaus in den Blick nehmen, haben Edmund Pech/Pjech und Peter Schurmann/Pětš Šurman die kirchlichen Verhältnisse in der Niederlausitz mit dem Fokus auf Sorben/Wenden bis zum Kriegsende untersucht.[2] Weiterhin liegen die ersten zwei Beiträge eines 2018 in Cottbus veranstalteten Symposiums zum Leben und Wirken des wendischen Pfarrers Gotthold Schwela/Bogumił Šwjela vor, in denen auch die NS-Zeit und unmittelbare Nachkriegszeit behandelt werden.[3] Šwjela war der einzige Pfarrer in der Niederlausitz, der über die ersten Monate der NS-Herrschaft hinaus bis 1941 regelmäßig in seiner Muttersprache predigte.

Die Auswertung auch älterer Literatur[4] lässt den Schluss zu: Das Ziel der Politik gegenüber den Sorben/Wenden zwischen 1933 und 1945 war letztlich darauf ausgerichtet, die wendische Sprache und Kultur aus den Köpfen der Menschen in der Ober- und Niederlausitz gänzlich zu verdrängen. So war bspw. eine möglichst flächendeckende Auslöschung slawischer bzw. slawisch klingender Orts-, Ortsteil-, Flur- und Fließnamen in der Lausitz vorgesehen. Bestandteil dessen war in der Stadt Cottbus der Vorschlag, sogar einzelne Straßenbezeichnungen umzubenennen. Dass das Vorhaben 1937/38 nicht überall umgesetzt und Letzteres gänzlich fallengelassen wurde, hatte maßgeblich mit dem selbst auferlegten Zeitdruck der NS-Führung in Vorbereitung auf den Krieg und der Fertigstellung entsprechenden Kartenmaterials zu tun. Doch was waren die Folgen?

Ein Ergebnis war, dass Menschen, die solche Umbenennungen kritisierten, verfolgt wurden. Die in Cottbus tätige Trachtenstickerin Pauline Krautz/Pawlina Krawcowa war bereits durch die Teilnahme an Ausstellungen mit ihren Trachtenpuppen in der Tschechoslowakei bei NS-Behörden negativ aufgefallen. In einem Bericht der Gestapo von 1937 wurde sie „als frühere eifrige Anhängerin der wendischen Sonderbestrebungen“ charakterisiert, „die heute in geschickter Weise den wendischen Gedanken in Form kleinerer Ausstellungen und Vorträge propagiert“.[5] Ihre Verhaftung und Überstellung ins Cottbuser Frauengefängnis im August 1938 war jedoch maßgeblich Ergebnis der Kritik an obigen Maßnahmen. Nach ihrer Freilassung hatte sie mit Liefer- und Vertriebsbeschränkungen zu kämpfen, die schließlich die Aufgabe ihres Geschäfts zur Folge hatten. Im September 1941 verstarb sie 51-jährig an den Folgen von Haft und Gestapo-Gewahrsam.[6]

Im Mai 1940 legte der Reichsführer-SS, Heinrich Himmler, der auch Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums war, eine Denkschrift unter dem Titel „Einige Gedanken über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten“ vor. Diese beinhaltete – mit ausdrücklicher Zustimmung Hitlers – u. a. Folgendes:

„Aber auch innerhalb der Völkerschaften [im nun größeren Reich – P. S.] selbst haben wir nicht das Interesse, diese zu Einheit und Größe zu führen, ihnen vielleicht allmählich Nationalbewusstsein und nationale Kultur beizubringen, sondern sie in unzählige kleine Splitter und Partikel aufzulösen. [...] Die Bevölkerung des Generalgouvernements setzt sich dann zwangsläufig [...] aus einer verbleibenden minderwertigen Bevölkerung, die noch durch abgeschobene Bevölkerung der Ostprovinzen sowie all der Teile des deutschen Reiches [vermehrt werden], die dieselbe rassische und menschliche Art haben (Teile, z. B.

In Cottbus in der Sandower Straße, wo das Wohn- und Geschäftshaus von Pawlina Krawcowa stand (heute: Suppenbar), erinnern ein STOLPERSTEIN und eine Gedenktafel an die Volkskünstlerin.

der Sorben und Wenden), zusammen. Diese Bevölkerung wird als führerloses Arbeitsvolk zur Verfügung stehen und Deutschland jährlich Wanderarbeiter und Arbeiter für besondere Arbeitsvorkommen (Straßen, Steinbrüche, Bauten) stellen."[7]

Beleg für die Integration der Sorben/Wenden in das NS-System war nicht nur die Mitgliedschaft insbesondere von Lehrern und Pfarrern in der NSDAP, sondern auch der Dienst in der Wehrmacht – im Unterschied zu Juden oder auch Sinti & Roma. Das NS-Regime sonnte sich anfangs mit der öffentlichen Zur-Schau-Stellung der sogenannten Trachtenmädchen aus dem Spreewald, darunter insbesondere zu offiziellen Anlässen (z. B. Reichserntedankfest). Spätestens 1940 waren die Pflege des wendischen Brauchtums und insbesondere das öffentliche Zeigen der Festtagstracht etwa zu Betriebsfeiern untersagt.

Vier Monate später nahm der daran anknüpfende Plan, eine „rege Kulturarbeit" unter den Wenden in der Lausitz nicht nur zu unterbinden, sondern für dauerhaft auszuschalten, konkrete Gestalt an. Nach Auffassung des Chefs der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes, Reinhard Heydrich, zählten Lehrer und Pfarrer zu den „aktiven Förderern des Wendentums", die „eine endgültige Lösung des Wendenproblems" verhindern würden. Trotzdem jene größtenteils Mitglieder der NSDAP und deren Gliederungen waren, sollten sie aus der zweisprachigen Lausitz ausgewiesen werden. Eine erste Liste vom November 1940 zur Versetzung – möglichst ins Ruhrgebiet – zählte insgesamt 25 Lehrer auf, 16 davon aus der Niederlausitz. Anfang 1942 zog Hitler jedoch die teils bereits umgesetzte Anweisung maßgeblich wegen des für Nazideutschland enttäuschenden Kriegsverlaufs an der Ostfront zurück. Die Politik der Versetzung von Personen, die die „wendisch-nationale Grundrichtung der Wenden bestimmen", sollte erst nach dem Krieg gezielt weiterverfolgt werden.[8]

Diese Beispiele zeigen: Am Ende der 1930er Jahre wurde die Situation für bekennende Wenden bzw. Sorben lebensbedrohlich. Betroffen davon waren auch die unter dem Dach der Domowina zusammengeschlossenen wendischen Vereine, die bis zu ihrem Betätigungsverbot im März 1937 die kulturellen und politischen Interessen der „Lausitzer Sorben" vertreten hatten, darunter auch der in Cottbus beheimatete wendische Buchverein Maśica Serbska. Der Fokus auf die Eigenbezeichnung ´Sorben´ anstelle ´Wenden´ ab 1936 war auch eine Reaktion auf Anweisungen der Behörden gewesen, die ursprüngliche Fremdbezeichnung ´Wenden´, z. B. ´wendische Tracht´, aus dem Sprachgebrauch zu verdrängen und dafür nur noch von der ´Spreewälder Tracht´ zu sprechen. Der Kriegsverlauf unterbrach die Umsetzung der Pläne zur „endgültigen Lösung des Wendenproblems". Dennoch haben sich Begriffe wie „Spreewaldtracht" in das Bewusstsein der Menschen eingebrannt, die so auch heute noch verwendet werden.

Das Ende des Zweiten Weltkriegs wurde aber auch deshalb von den Sorben/Wenden als Befreiung empfunden, weil ihnen als „minderwertige" Bevölkerung prophezeit worden war, „im langsamen natürlichen Verschmelzungsprozess mehr und mehr in einer höheren Einheit" (Rudolf Lehmann) aufzugehen. Die ihnen ebenso unterstellte „Geschichtslosigkeit" (Rudolf Kötzschke) hatte es erleichtert, Pläne zur Ausschaltung ihrer geistigen Köpfe zu schmieden, um den Einsatz als „führerloses Arbeitsvolk" zu erleichtern. Die Folgen der Verächtlichmachung und der insbesondere auf Austilgung der wendischen Sprache, Kultur und slawischen Herkunft ausgerichteten Aktivitäten der NS-Behörden saßen derart tief, dass von einer Selbstverwirklichung als Volk unter neuen gesellschaftlichen Verhältnissen nach dem 8. Mai 1945 – sozusagen als zweiter Phase der Befreiung – jahrelang nicht gesprochen werden konnte. Dieser Prozess ist – trotz aller Regelungen und praktischen Fortschritte bei der Durchsetzung der Gleichberechtigung in den vergangenen sieben Jahrzehnten – für die Sorben/Wenden in der Lausitz noch nicht abgeschlossen.

Dr. Peter Schurmann / dr. Pětš Šurman
Historiker am Sorbischen Institut
Cottbus / Chóśebuz

[1] Richter, Michael (2017): Deutsche Parteien in der sorbischen Oberlausitz 1945–1953, Bautzen; ders.: Drei Episoden aus der zweisprachigen Oberlausitz während des Zweiten Weltkriegs. In: Lětopis 64 (2017) 1, S. 44–55; ders.: Die Oberlausitz im Zweiten Weltkrieg, 2 Bde., Bautzen 2020 (im Druck).

[2] Pech, Edmund; Schurmann, Peter (2020): Behördliche Berichte über die sorbischen Sprach-und Kulturverhältnisse in der Niederlausitz 1933–1945. In: Lětopis 67 (2020) 1, S. 112–142

[3] Roggan, Alfred (2020): Bogumił Šwjela – Pfarrer der Bekennenden Kirche in Dissen, sowie Peter Schurmann: Bogumił Šwjela und sein politisches Vermächtnis. Zwischen Loyalität und kritischer Distanz. In: Lětopis 67 (2020) 1, S. 21–37 (im Druck).

[4] Siehe Förster, Frank (2007): Die „Wendenfrage" in der deutschen Ostforschung 1933–1945, Bautzen 2007, sowie Karin Bott-Bodenhausen: Sprachverfolgung in der NS-Zeit. Sorbische Zeitzeugen berichten. In: Lětopis, Sonderheft, Bautzen 1997.

[5] Sorbisches Kulturarchiv Bautzen (SKA), MZb XVI, 9 J, Bl. 9. Bericht der Gestapo Frankfurt (Oder) zur „Zugehörigkeit von Vereinen und Einzelmitgliedern zur Domowina", 7. 12. 1937.

[6] Pawlina Krawcowa ist die einzige Sorbin/Wendin aus der Niederlausitz, der ein STOLPERSTEIN in Cottbus (Sandower Str. 3) gewidmet ist. An der Stelle ihres ehemaligen Geschäfts befindet sich auch eine zweisprachige Gedenktafel. Im Menschenrechtszentrum Cottbus wird über sie mit Fotografien und weiterem Quellenmaterial berichtet. Siehe Noack, Martina; Venter, Herta (2010): Die Trachtenstickerin Pauline Krautz/Pawlina Krawcowa (1890–1941). In: Stog – Der Schober 2011, Burg/Spreewald, S. 73–76, sowie im Sorbischen Kulturlexikon, hrsg. von Franz Schön und Dietrich Scholze unter Mitarbeit von Susanne Hose, Maria Mirtschin und Anja Pohontsch (2014), Bautzen, S. 285, den Artikel zur NS-Zeit. Ein Teil des Lexikons ist auf dem Internetportal SORABICON des Sorbischen Instituts zugänglich.

[7] Zit. bei Förster 2007: 177–179.

[8] Alle zitierten Passagen finden sich in der Akte des Brandenburgischen Landeshauptarchivs Potsdam, Pr. Br. Rep. 3 B, Regierung Frankfurt (Oder), Abt. II, Nr. 61, Bl. 8 ff., hier besonders Bl. 29.

*Zwangsarbeiter*innen*

Während des Zweiten Weltkrieges war die deutsche Wirtschaft darauf angewiesen, Zwangsarbeiter*innen im großen Stil auszubeuten, um das gewohnte Leben der Deutschen aufrecht zu erhalten und den Krieg weiterführen zu können. Im Jahr 1944 waren rund 46 Prozent der in der Landwirtschaft und 36 Prozent der im Bergbau Beschäftigten ausländische Zwangsarbeiter*innen. Einzelne Industriebetriebe, mit einem besonders hohen Anteil von Arbeiten für Ungelernte oder Hilfsarbeiter, wiesen einen Anteil von 80 % Zwangsarbeiter*innen auf.

Schon Ende 1938 gab es einen Fehlbedarf von einer Million Arbeitskräften in Deutschland. Aus ideologischen Gründen sah man davon ab, reguläre Arbeit von Frauen einzuführen. So beschloss man, „Fremdarbeiter" im großen Stil einzusetzen. In Cottbus waren die Nutznießer vor allem die Reichsbahn, die Mechanischen Werke und die Focke-Wulf-Flugzeugwerke.

Anfangs wurden Arbeitskräfte noch in anderen Ländern angeworben – auch in den von der Wehrmacht besetzten Gebieten: Sie kamen aus Polen, Italien, Jugoslawien, Ungarn, Bulgarien und den Niederlanden; ihnen wurde ein guter Verdienst versprochen. Mit der Zeit gelang es so aber immer weniger, den Bedarf an Arbeitskräften zu befriedigen, und die Deutschen gingen dazu über, Menschen mit Zwang zu verpflichten.

Vor allem aber Kriegsgefangene dienten im Deutschen Reich als Zwangsarbeiter. 1939 gerieten rund 400.000 polnische Soldaten in Gefangenschaft. Die deutsche Führung anerkannte aber nicht ihren Schutz durch das Kriegsvölkerrecht – mit einem Scheinargument: Es existiere kein polnischer Staat mehr, damit könne er auch über keine bewaffneten Organe mehr verfügen. Die Gefangenen wurden zu Zivilisten erklärt und konnten so als Zwangsarbeiter eingesetzt werden.

Im Oktober 1939 gab es in den Lagern der Niederlausitz bereits 7.000 Gefangene, die in der Landwirtschaft eingesetzt wurden. Es waren vor allem Tschechen, die sich gegen die Okkupation gewehrt hatten, und polnische Kriegsgefangene.

Ab Januar 1940 galten die sogenannten „Polenerlasse" (Merkblatt „Pflichten der Zivilarbeiter und -arbeiterinnen polnischen Volkstums während des Aufenthaltes im Reich"), die ein umfassendes System der Überwachung und Unterdrückung schufen. Ab April desselben Jahres galt eine Arbeitspflicht für Polen aller Jahrgänge in Deutschland und ab Juli 1940 wurden die polnischen Kriegsgefangenen zu „Zivilarbeitern", um in den Lagern Platz für französische Kriegsgefangene zu schaffen.

Mit den „Polenerlassen" wurden die Polen zu Sklaven degradiert: Das Verlassen des Aufenthaltsortes wurde ihnen streng verboten; wenn die Polizei ein Ausgehverbot verfügte, durften sie ihre Unterkünfte nicht mehr verlassen; öffentliche Verkehrsmittel durften nur mit besonderer Genehmigung genutzt werden; alle Polen mussten sichtbar und fest aufgenäht auf der rechten Brustseite das Nationalitätenabzeichen tragen. Wer „lässig" arbeitete oder die Arbeit niederlegte, wurde mit Zwangsarbeit im KZ bestraft. Jeder Besuch des Gottesdienstes gemeinsam mit Deutschen war verboten. Jeder „gesellige Verkehr" zwischen Deutschen und Polen war untersagt; Liebesbeziehungen wurden mit dem Tode bestraft.

Auf der einen Seite sollten die Zwangsarbeiter mit den „Polenerlassen" stärker ausgebeutet werden können. Auf der anderen Seite wollte man verhindern, dass sich Deutsche und Polen „verbrüdern" könnten. Dazu wurde auch der Druck auf die Deutschen erhöht.

In der Niederlausitz gab es 1940 die ersten Verurteilungen wegen des verbotenen Umgangs mit Kriegsgefangenen. Das waren vor allem Bauern und Arbeiter, die zusammen mit Gefangenen gearbeitet hatten und aus „allgemein menschlichen" Erwägungen gegen Bestimmungen verstoßen hatten. Der Grund für die Verurteilungen war oftmals schlicht: Polen durften keine Briefe nach Hause schicken, weshalb Deutsche oft Vermittler des Briefwechsels waren; Briefmarken besorgten oder die Briefe verschickten.

Zahlreiche Vorschriften wurden erlassen: Unterkünfte für Arbeiter aus den „altrussischen" Gebieten sollten besonders beaufsichtigt werden, sie sollten verschließbar und gut zu überwachen sein. Weil Fahrräder und Kähne mehrmals zur Flucht eingesetzt worden seien, weil sie für jedermann zugänglich gewesen seien, müssten diese stärker gesichert werden. In Jagdhütten, Schützenhäusern und ähnlichen alleinstehenden Häusern durften keine Waffen und Munition, aber auch keine Lebensmittel und Kleidung aufbewahrt werden.

Ab Januar 1941 wurden den Deutschen Umgang und Gespräche mit Kriegsgefangenen verboten, und sie durften samt ihren Unterkünften nicht mehr fotografiert werden. Es war untersagt, die Kriegsgefangenen für besonderen Fleiß zu belohnen oder ihnen Briefpapier und Briefmarken zu besorgen. Deutsches Geld in Form von Trinkgeldern oder eines Lohns galt als Fluchtmittel, und wer es ihnen dennoch gab, wurde des Landesverrats bezichtigt.

Am 8. März 1943 berieten im Neuen Rathaus Vertreter der Schutzpolizei, der Geheimen Staatspolizei, des Sicherheitsdienstes, der Kriminal- und Verwaltungspolizei über eine effektivere Kontrolle der Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter*innen in Cottbus. Es wurden dabei Pläne für ein Barackenlager für 5.000 Personen entwickelt. Davon versprachen sich die Verantwortlichen nicht nur eine bessere Kon-

trolle der Zwangsarbeiter*innen, sondern auch eine Verbesserung auf dem Wohnungsmarkt. So sollten vermehrt möblierte Zimmer frei werden, die Mietpreise sollten gedämpft werden, aber es sollte auch verhindert werden, dass deutsche Frauen gemeinsam mit Ausländern in den Geschäften anstanden.

Sogenanntes Polenabzeichen, Foto: Jocian, Wikicommons

Der Cottbuser Oberbürgermeister Franz Viktor Freiherr Baselli von Süßenberg trat kaum einen Monat später für eine schärfere Gangart gegenüber den polnischen Zwangsarbeiter*innen ein. Er plädierte für ihre Einweisung in ein Lager. So wurden im Juli und August 1943 etwa 170 Polen aus Privatquartieren aus- und in das Lager der Firma Schwanert eingewiesen. Für den Platz im Lager mussten sie pro Kalendertag 1,50 Reichsmark (RM) Miete zahlen und pro Arbeitstag 0,50 RM für Verwaltungsarbeiten an die Stadtverwaltung entrichten.

Zwangsarbeiter*innen sollten auf Anordnung des Oberbürgermeisters von der Öffentlichkeit ausgeschlossen werden. So sagte er: „Außerdem bleibt zu bedenken, ob es in der jetzigen Zeit, wo es in Deutschland von Ausländern geradezu wimmelt, ratsam ist, ausländische Zivilgefangene, die obendrein noch durch ihr P-Abzeichen für jedermann kenntlich sind, in einem derartigen körperlichen Zustande der Öffentlichkeit vorzuführen."

Was von Baselli meinte, dürfte der unter Zwangsarbeiter*innen verbreitete Hunger gewesen sein. So ist eine Beschwerde des Stadtbaurats aus dem Jahre 1944 bekannt. Dieser kritisierte, dass die Zwangsarbeiter im Nordosten der Stadt, auf den Rieselfeldern, das unreife Obst von den Bäumen und die Feldfrüchte aus dem Boden reißen und sofort verzehren würden. Auch der Cottbuser Anzeiger vom 17. August 1944 berichtete, dass ausländische Arbeitskräfte in den Lebensmittelläden betteln würden.

Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter mussten 1944 mindestens 60 Stunden pro Woche arbeiten – in der Regel, besonders bei Focke-Wulf, noch länger. Die Tagesschicht dauerte von 6.30 bis 20.30 Uhr. Sperrstunde für Ausländer war im Sommer zwischen 22 Uhr und 5 Uhr morgens, im Winter zwischen 21 Uhr und 6 Uhr. Für „Ostarbeiter" und Polen begann die Sperrstunde eine Stunde früher.

In Cottbus sind mindesens 160 Kriegsgefangene, Zwangs-arbeiter*innen und deren Kinder umgekommen. Die Todesursache reichte von Mord bis Krankheit. Im Lager geborene Kinder hatten kaum eine Chance, die ersten Tage zu überleben.

Beim Bombenangriff am 15. Februar wurden auch einige Lager zerstört. Zwei italienische Kriegsgefangene wurden beim Bombenangriff auf den Flugplatz am 11. April 1944 getötet; sieben sowjetische Gefangene starben beim Angriff am 29. Mai 1944.

Im März und April 1945 erfolgten ständig Aufrufe an die Bevölkerung, Befestigungsanlagen auszubauen. Doch den Stadtkommandanten befriedigte das Ergebnis nicht. Daraufhin wurden die noch in der Stadt befindlichen 4.385 Zwangsarbeiter*innen und Kriegsgefangenen für den 2. April 1945 zum Schanzen befohlen. 2.000 von ihnen kamen, empfingen das Arbeitsgerät und gingen wieder in ihre Unterkünfte. Den Anweisungen der Bewachungskräfte folgten sie nicht mehr.

Das Briefpapier oben ist gestempelt vom Lagerführer der Focke-Wulf-Werke. Der Briefumschlag ist gestempelt vom Oberbürgermeister der Stadt und dem Russenlager in der Straße der SA 10. Inhalt: Der Pole XX, geb. 22.7.16. in Strellnow/ Posen wohnt im Cyriak-Lager ist bei der Reichsbahn beschäftigt. 11.04.45 Cyriak-Lager Forster Straße

Quellen:

Als wichtigste Quelle wurde hier der Text von Jutta und Otto Rückert verwendet, die viele Fakten zu Zwangsarbeiter*innen in Cottbus zusammen getragen haben.

Kulturlandschaft Dahme-Spreewald e.V. (Hg.) (2002): So war es. Zwangsarbeiter in Deutschland, Zeuthen.

Rückert, Jutta und Otto (1997): Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter in Cottbus (1939-1945), in: Niederlausitzer Studien, Heft 28, Cottbus 1997.

o.A. (2002): Zwangsarbeiter auf Spurensuche in der Lausitz, Lausitzer Rundschau (Elbe-Elster-Rundschau), 18. April 2002, S. 4.

Widerstand in Cottbus

Zum Kriegsende

„Hitler das Schwein; alle Nazis müssen sterben!“ war im Oktober 1944 in Cottbus auf Straßen und an Fassaden gemalt worden. „Laß dir deine Lebenskraft nicht aussaugen…“ stand auf Plakaten, die an Häuserwände geklebt waren. Daraufhin wurde die Hitlerjugend-Streifendienstgefolgschaft aufgefordert, sich zum „Kriegseinsatz“ zu versammeln – und die „Volksverräter“ zu stellen. So sah er also aus, der Einsatz an der Heimatfront. Ob die HJler ihren Auftrag erfüllen konnten, ist nicht überliefert.

Am 20. April 1945 sollen Cottbuser Antifaschisten mit einer Volkssturm-Einheit „gefeiert“ haben – wahrscheinlich Hitlers Geburtstag. Nach der Feier entfernte sie die Schlösser aus den Gewehren und die Volkssturm-Soldaten machten sich auf und davon, um einer drohenden Verurteilung wegen „unsoldatischem Verhalten“ vor dem Standgericht zu entgehen. Am Tag der Befreiung am 22. April konnten die „Blaue Brücke“, das Jugendstil-Theater und das Elektrizitätswerk vor der Sprengung gerettet werden. Im Folgenden stellen wir verschiedene Personen und ihre Formen des Widerstands vor.

Wilhelm Bode
– stiller Widerstand

Wilhelm Bode wurde am 23. April 1886 in Mühlhausen geboren und war seit 1919 Schlosser in den Zentralen Eisenbahnwerkstätten Cottbus. Dort arbeitete er in der Eisenbahnergewerkschaft und wurde zum Mitglied des Hauptvorstandes der IG Eisenbahn gewählt. Nach 1933 hielt er Kontakt zu geflohenen Gewerkschaftern. Beim Einmarsch der Wehrmacht in die Niederlande wurden Aufzeichnungen von ihm bei verhafteten Emigranten gefunden. Am 14. Juni 1940 wurde er in Cottbus verhaftet und wegen Hochverrats zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Seine Spur verliert sich im Zuchthaus Brandenburg-Görden. Die Nazis rächten sich auch an seinem Sohn: Dieser wurde in ein Strafbataillon an die vorderste Front versetzt und kam ums Leben. In der Dissenchener Straße 98 erinnert ein Stolperstein an Wilhelm Bode.

Willy Jannasch
– Leiter einer Widerstandsgruppe

Willy Jannasch wurde am 3. September 1905 als ältester Sohn der Eheleute Marianne und Robert Jannasch geboren. Er besuchte die Gemeindeschule 3 in Cottbus und trat mit 14 Jahren dem „Arbeiter-Turn- und Sportbund Cottbus 93“ bei. 1920 begann er eine Lehre als Modelltischler. Während seiner Ausbildungszeit organisierte er sich gewerkschaftlich im Holzarbeiterverband und in der Sozialistischen Arbeiterjugend.

1926 wurde die Firma COMAG, bei der er und andere Familienangehörige arbeiteten, aufgelöst und Arbeit war auch in anderen Firmen nicht zu finden. So sicherte er sich ein kleines Einkommen mit dem Austragen von Werbematerialien und dem Vertrieb von Versicherungszeitschriften. Diese schwere Zeit änderte nichts an seinem politischen Engagement. So war er Mitglied der Roten Hilfe und half seinen Weggefährten in juristischen Auseinandersetzungen.

Nach der Machtübergabe an Hitler wurden die beiden Arbeiterparteien KPD und SPD verboten. Willy Jannasch baute gemeinsam mit anderen eine antifaschistische Gruppe in Cottbus auf. Viele von ihnen kannten sich aus dem Arbeitsleben oder aus dem Arbeiterwanderbund „Naturfreunde – Rotes N“. Jannasch war Leiter der Gruppe, der zeitweise 28 Personen angehörten.

Als erstes bauten sie die „Rote Hilfe“ in Cottbus wieder auf. Sie sammelten Geld, Kleidung sowie Lebensmittel und organisierten Solidaritätsaktionen, an denen auch parteilose Hitlergegner und Sozialdemokraten teilnahmen. Sie stellten Materialien zusammen, in denen sie über Verhaftungen, Folter und Verurteilungen der Mitglieder der Cottbuser Widerstandsgruppe um Helene Kirsch und Walter Wagner aufklärten. Den Menschen in Cottbus sollte auf diesem Wege das wahre Gesicht des Hitlerfaschismus gezeigt werden.

Bis 1935 gelang es der Gruppe um Jannasch, Berichte aus Cottbuser Betrieben in die Tschechoslowakei zu bringen und illegale Zeitungen nach Deutschland zu schmuggeln. Darunter waren Zeitungen wie „Der Textilarbeiter“, „Inprekorr“, „Die Rote Fahne“ und „Die junge Garde“. Bis Januar 1936 wurden diese Zeitungen in Cottbus verteilt.

Dann wurden die Nazis erstmals auf die Gruppe aufmerksam. Einige Cottbuser, die Zeitungen in ihrem Briefkasten fanden, meldeten dies bei der Geheimen Staatspolizei (Gestapo). Durch Verrat wurde der aktive Kern der Widerstandsgruppe im Januar 1936 verhaftet. Bis März waren Willy Jannasch und seine Genossen in Cottbus und anschließend bis Mai in Berlin in Gerichtsgefängnissen inhaftiert. Bei den Verhören wurden sie regelmäßig gefoltert.

Die Hauptverhandlung fand im Juni 1936 im Berliner Kammergericht vor dem 5. Strafsenat statt. Die Anklage lautete auf „Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens“. Nach zwei Verhandlungstagen wurde das Urteil verkündet: Vier Jahre und sechs Monate Zuchthaus für Willy Jannasch.

Am 30. September 1938 starb Willy Jannasch im Zuchthaus Brandenburg-Görden an den Folgen schwerer Misshandlungen durch die Gestapo. Der Leichnam wurde von Willys Vater nach Cottbus überführt und auf dem Südfriedhof beigesetzt. Ein Stolperstein für Willy Jannasch befindet sich in der Gartenstraße 73.

Willi Budich
– geflohen vor den Nazis – von Sowjets ermordet

Willi Budich wurde am 16. April 1890 in Cottbus als Sohn der Wirtsleute Christian und Anna-Pauline Budich geboren. Cottbus war damals eine aufstrebende Stadt und begann sich wirtschaftlich gut zu entwickeln. Besonders die Tuch- und Braunkohlenindustrie wuchsen rasch und immer mehr Menschen kamen auf der Suche nach Arbeit nach Cottbus. Willi Budichs Eltern gehörten dazu. Sie stammten aus sorbisch-bäuerlichen Verhältnissen und erwarben in der Bahnhofstraße eine Schankwirtschaft, das Café Victoria.

Bildung spielte im Hause Budich eine große Rolle. So wurde der junge Willi an der Städtischen Realschule im damaligen Kaiser-Wilhelm-Gymnasium unterrichtet. Nach Abschluss der Tertia begann er eine Maschinenschlosserlehre in der Maschinenfabrik Emil Pauna & August Knorkstedt. Nach seinem 19. Geburtstag im April 1909 schrieb er sich für ein Studium am Technikum für Maschinenbau in Mittweida ein.

Nach dem Tod seines Vaters zog er mit seiner Mutter nach Berlin, wo beide eine Arbeit aufnahmen. Es dauerte nicht lange, bis er sich der revolutionären Arbeiterbewegung anschloss. Sein Kampf gegen den deutschen Imperialismus und für den Internationalismus führte ihn an die Seite von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Neben ihnen war auch Willi Budich Mitglied des

Spartakusbundes.
Budich wurde während der Novemberrevolution die Agitationsarbeit unter den Soldaten übertragen. Als sich die SPD-Führung gegen die Revolution stellte, schuf der Spartakusbund den Roten Soldatenbund (RSB) und Willi Budich wurde dessen Leiter. Um Blutvergießen während der Revolution zu verhindern, organsierte er verstärkt Versammlungen unter den Soldaten, um mit ihnen ins Gespräch zu kommen.

Während einer Demonstration mit rund 2.000 Frontsoldaten durch die Berliner Innenstadt im Dezember 1918 wurde die Menge beschossen: 14 Demonstrationsteilnehmer werden getötet und 30 schwer verletzt – unter ihnen Willi Budich. Es dauerte Wochen, bis er wieder halbwegs genesen war.

Budich ging nach der Niederschlagung der Revolution in Deutschland ins Ausland. Er wurde Mitarbeiter des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, Mitglied der KPdSU und Leiter der Handelsvertretung der jungen Sowjetmacht in Wien. 1929 kehrte er nach Deutschland zurück, übernahm verschiedene Aufgaben innerhalb der KPD und wurde 1932 Reichstagsabgeordneter.

Im letzten Jahr der Weimarer Republik widmete er sich dem Kampf gegen den Nationalsozialismus. Nach der Machtübergabe an Hitler wurde er verhaftet und von SA- und SS-Truppen schwer gefoltert. Mit Hilfe von Freunden gelang ihm dennoch die Flucht in die Sowjetunion, wo er in einem Genesungsheim gepflegt wurde. 1936 wurde er in der Sowjetunion unter falschen Anschuldigungen inhaftiert, am 22. März 1938 in Moskau zum Tode verurteilt und am gleichen Tag erschossen. Eine Rehabilitierung durch das Oberste Gericht der UdSSR erfolgte im Jahre 1955.

Paul Hornick
– über Spanien und die Sowjetunion zurück in die Lausitz

Paul Hornick wurde am 18. September 1898 in Forst (Lausitz) als Sohn einer Textilarbeiterin geboren.

Im Jahr 1916 beendete er eine Lehre zum Stuckateur, in der er erste Kontakte zur sozialistischen Jugendbewegung hatte. Nach Abschluss seiner Ausbildung wurde er zum Militärdienst eingezogen und an die Westfront geschickt. Wie bei vielen anderen verstärkten sich durch die Kriegserlebnisse seine Sympathien für die Arbeiterbewegung.

Nach einer Verwundung flüchtete er im Juli 1918 aus dem Lazarett. Auf dem Weg nach Wilhelmshaven, wo er sich den revolutionären Matrosen anschließen wollte, wurde er allerdings entdeckt und in ein Berliner Militärgefängnis gebracht. Die Novemberrevolution brachte ihm die Freiheit und er schloss sich der Volksmarinedivision an, die auf der Seite der revolutionären Arbeiter stand.

Im Dezember 1918 kehrte er wieder in seine Heimatstadt Forst zurück, wo sich ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet hatte, und baute dort eine Gruppe der Freien Sozialistischen Jugend auf. Im Juni 1919 schloss sich diese Organisation der Ende 1918 gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) an. Als im Jahr 1920 General Walther von Lüttwitz mit der „Nationalen Vereinigung“ von Wolfgang Kapp einen Putsch gegen die Reichsregierung anzettelte, half Paul Hornick als Mitglied des Arbeitervollzugsrats in Forst, dass die demokratischen Errungenschaften der Novemberrevolution gesichert werden konnten.

Als sich in der Weimarer Republik die nationalistischen Kräfte sammelten und immer offener ihre politischen Gegner verfolgten, beschloss die Führung der KPD, den Roten Frontkämpferbund (RFB) zu gründen. Dieser Organisation gehörten Kommunisten, Parteilose und Mitglieder anderer Parteien an. Hornick erhielt 1925 den Auftrag, beim Aufbau des RFB in Berlin und Brandenburg zu helfen. 1927 wurde Hornick in die Bundesführung des RFB gewählt.

Bei den Reichstagswahlen im September 1930 wurde Hornick in das oberste Parlament gewählt. In seiner Funktion als Abgeordneter trat er für die Einheitsfront von Kommunisten und Sozialdemokraten ein, um sich der stärker werdenden faschistischen Bewegung mit vereinten Kräften zu widersetzen.

Nach der Machtübergabe an Hitler war auch Hornick gezwungen, in die Illegalität zu gehen. Doch der Verfolgungsdruck war zu groß, so wurde er im Juli 1933 verhaftet und saß zwei Jahre im KZ Columbia-Haus in Berlin ein. Nachdem er aus der Haft entlassen wurde, emigrierte er nach Belgien und arbeitete von dort im Widerstand.

Als am 18. Juli 1936 Teile der spanischen Armee unter General Franco gegen die demokratische Regierung putschten und die Hitlerregierung dies offen unterstützte, rief die KPD-Führung dazu auf, der legitimen Regierung von Spanien auch mit militärischen Mittel beizustehen. Im Juli 1937 reiste Hornick nach Spanien und kämpfte bei den Internationalen Brigaden. Von Januar bis März 1938 übernahm er das Kommando über das Bataillon „Ernst Thälmann“.

Nach dreijährigem Kampf gegen die Franco-Faschisten mussten die Interbrigadisten Spanien verlassen. Von den 5.000 Deutschen, die in Spanien für die Demokratie kämpften, ließen über 3.000 ihr Leben. Paul Hornick, der im Februar 1939 Spanien verließ, wurde anschließend in verschiedenen französischen Lagern interniert – bis 1943. Von französischen Soldaten wurde er mit seinen Mitgefangenen in das französische Konzentrationslager Djelfa in Nordafrika verschifft, wo er dann von englischen Soldaten befreit wurde.

Sein weiterer Weg führte ihn über Ägypten, Palästina, Irak und Iran in die Sowjetunion. Als gelernter Bauarbeiter beteiligte er sich dort am Wiederaufbau des zerstörten Landes. Erst im Sommer 1956 kehrte er nach Deutschland zurück.

In der DDR übernahm er Aufgaben in Politik und Wirtschaft. Als das Kraftwerk Schwarze Pumpe errichtet wurde, war er in der Werkleitung tätig, 1958 wurde er in die Bezirksleitung der SED gewählt.

Am 8. September 1964 verstarb Hornick an den Folgen einer schweren Krankheit. In Cottbus wurde ihm zu Ehren eine Straße benannt, die jedoch im Jahr 1991 umbenannt wurde. Sie trägt seitdem den Namen des Dichters Hermann Löns, dem sich viele antisemitische und völkisch-nationalistische Äußerungen nachweisen lassen.

Adolphe Low
- letzter Spanienkämpfer aus Cottbus

Am 21. Juli 1915 als Adolf Löw in Cottbus geboren, wuchs Adolphe Low in einem jüdischen Elternhaus mit fünf älteren Geschwistern in Berlin auf. Er kam sehr früh mit der jüdischen antifaschistischen Jugendbewegung in Kontakt und trat dem Kommunistischen Jugendverband Deutschlands, der Jugendorganisation der KPD, bei. Im Alter von 16 Jahren wurde Adolphe Low das erste Mal im Polizeigefängnis am Alex inhaftiert, weil er an einer illegalen Versammlung jüdischer Antifaschisten aus Polen teilgenommen hatte.

Er entschloss sich, Hitlerdeutschland zu verlassen, als sein Elternhaus durchsucht wurde und er erneut verhaftet werden sollte. Seine Eltern und auch eine Schwester wurden später nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

Adolphe Low (stehend) bei den Interbrigadisten

In Frankreich wurde er als illegaler Emigrant von der französischen Polizei und Behörden verfolgt, kam mit seinem letzten Geld nach Paris und fand Aufnahme in einem jüdischen Asyl. Er wurde einige Male von der Polizei verhaftet und des Landes verwiesen, kehrte jedoch immer wieder nach Paris zurück und fand Anstellung in einer jüdischen Kantine.

1936 hörte der junge deutsche Antifaschist in Paris die Rede von Dolores Ibarurri vor 50.000 Menschen – eine flammende Rede (bekannt auch als „La Passionaria“) – in der sie zur Verteidigung der Spanischen Republik aufrief. Dies beeindruckte den 21-jährigen Adolphe Low so sehr, dass er sich den Internationalen Brigaden anschloss.

Im Oktober desselben Jahres setze er auf einem alten Kohlendampfer nach Alicante über und kämpfte in der XI. Internationalen Brigade. Sein Kompanieführer war Heinz Hoffmann, der spätere Verteidigungsminister der DDR. Gleich in der ersten Nacht des Angriffs der Francisten erlitt sein Freund, ein junger Belgier, mit dem sich Adolphe bei der Überfahrt angefreundet hatte und der in der gleichen Einheit wie er kämpfte, einen Bauchschuss und starb in seinen Armen. Von den 600 Interbrigadisten, mit denen Adolphe nach Alicante eingeschifft wurde, überlebten nur 20.

Nach dem Ende des Spanischen Bürgerkrieges wurde er nicht in einem Lager interniert, sondern konnte aufgrund seiner guten französischen Sprachkenntnisse als „Franzose“ nach Paris entkommen. 1940 wurde er in die Fremdenlegion nach Algerien eingeschifft.

Ab 1943 kämpfte er in der Résistance. Adolphe Low flüchtete in das französische Guéret (Département Creuse) und war einer der ersten Partisanen dort. Seine militärischen Kenntnisse und Leistungen befähigten ihn, schnell zum Offizier und später auch zum Kommandanten einer Kompanie in der Résistance befördert zu werden. Adolphe Low war beispielsweise an der Sprengung der deutschen Kommandantur in Creuse beteiligt und hatte auch eine entscheidende Rolle bei der Befreiung von Guéret am 7. Juni 1944.

Am 8. Mai 1945 erhielt der staatenlose Adolphe Low die französische Staatsbürgerschaft durch einen persönlichen Erlass von General Charles de Gaulle. Adolphe Low kehrte nach dem Krieg, auf Einladung des Verbands der Verfolgten des Naziregimes, nur einmal in das Nachkriegsdeutschland nach Berlin zurück. Er verstarb am 11. November 2012 in Strasbourg.

Georg Dix
– geehrt und vergessen

Georg Dix wurde am 17. Januar 1897 in Drebkau geboren; der Vater arbeitete als Schneidergeselle. Nach seiner Lehre zum Tischler absolvierte Georg Dix seinen Militärdienst im Ersten Weltkrieg bei der Marine. Begeistert von der Oktoberrevolution engagierte er sich 1918 für die Revolution in Deutschland und wurde in den Soldatenrat der Stadt Emden von 1918 bis Juni 1919 gewählt. In dieser Zeit trat er der USPD bei und nahm an den bewaffneten Kämpfen teil. 1920 wurde er Gewerkschaftsmitglied im „Einheitsverband der Eisenbahner“. Mehrere Jahre wirkte er als Betriebsratsvorsitzender. Im Jahr 1923 trat er in die KPD ein. Er gründete mit anderen Genossen die Ortsgruppe der KPD in Cottbus-Ströbitz. Als Mitglied der Gemeindeverwaltung und der Unterbezirksleitung der KPD entwickelte Georg Dix vielfältige Initiativen in der politischen Arbeit. 1926 bis 1930 gehörte er dem Betriebsrat der Eisenbahndirektion Halle an. 1933 verschleppten ihn die Nazis in das KZ Sonnenburg (heute Słosk, Polen). Wieder entlassen suchte er unter Polizeiaufsicht dennoch Kontakt zu Genossen und beteiligte sich in der Gruppe um Willy Jannasch am Widerstandskampf. Im Januar 1936 flog die Gruppe auf. Georg Dix wurde im Juni 1936 wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Zuchthaus Brandenburg-Görden musste er jedoch acht Jahre Haft durchleiden. Am 1. Februar 1944 zogen ihn die Faschisten in das Strafbataillon 999 ein. Im März 1945 kam er in sowjetische Gefangenschaft.

Am 10. Oktober desselben Jahres konnte er nach Cottbus zurückkehren. Er wurde von den sowjetischen Behörden als Kreisrat beim Rat des Kreises Cottbus-Land eingesetzt. Er starb am 13. Dezember 1967. 1969 wurde eine neue Straße in Sandow nach ihm benannt, die 1991 nach dem alten Namen in Sanzebergstraße umbenannt wurde.

Ergänzung:
Der Widerstand der Arbeiterbewegung 1933 – 1945 in Brandenburg wird im Buch „Mehr als eine Provinz“ von Hans-Rainer Sandvoß auf rund 600 Seiten ausführlich dargestellt.

Ausblick und Recherchebedarf | Literatur | Impressum

Geschichte wird gemacht, lautet der erste Satz der Broschüre, und es soll auch einer der letzten sein. Wir sind mit einem Geschichtsbild der BRD aufgewachsen, indem die Nationalsozialisten die Macht „er-griffen“ und eine Diktatur errichteten. Doch die Macht wurde der NSDAP „übergeben“ – insbesondere durch konservative Kräfte. Hitler wurde gewählt. Das Regime war eine Diktatur.

Doch es gab auch Profiteure – und das war nicht nur das Großkapital. Die jüdischen Geschäfte und Arzt-praxen wurden arisiert und sind auch großenteils heute noch in anderem Besitz. Irgendeine Elektrofirma muss die Außenbeleuchtung des KZ in Lieberose/Jamlitz installiert und gewartet haben – haben die Mitarbeiter nichts gesehen? Viele Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene wurden auch in eher kleinen Betrieben eingesetzt – bspw. in der Landwirtschaft oder als Hauspersonal. Und so manches Möbel-, Hausrats- oder Kunstgewerbsstück aus vermeintlicher Familientradition harrt der Offenlegung seiner Geschichte, wurde der Besitz von zur Ausreise gedrängten oder deportierten Personen doch beschlagnahmt und bei sog. „Judenauktionen“ unter Wert an die „arische“ Bevölkerung versteigert.

Viele der Akten, die noch existieren, werden zunehmend digitalisiert. Für die Zwangsarbeit in Berlin wurde ein solches Portal eingerichtet. In Cottbus warten die sogenannten „Hammerschmidt-Akten“ im Cottbuser Stadtarchiv noch auf ihre umfassende Auswertung. Der Anwalt hatte als „Juden“ Verfolgte in Cottbus und Umgebung vertreten. Auch hier werden sich Fäden in das Heute ziehen lassen: zu Häusern oder Geschäften. Doch solche Fäden der Geschichte sollten nicht zuallererst als Anklage dienen, sondern sie sollten Anlass bieten zur Beschäftigung mit diesen Themen.

Zum Flughafen Cottbus oder den Mechanischen Werken Cottbus ist relativ wenig bekannt, hier könnte im Brandenburgischen Landeshauptarchiv wie in bundesweiten Archiven noch manche Überraschung schlummern. Es gibt aber auch noch andere Themen, die einer Aufarbeitung harren: Was machte die SA in jenen Jahren? Wie wurde mit Homosexuellen umgegangen? Auch die Sorben/Wenden können kollektiv nicht „nur“ Opfer gewesen sein. Beispielsweise lag das Wahlergebnis der NSDAP in Schor-bus/Skjarbošc, dem Geburtsort des Geistlichen und Domowina-Mitbegründers Bogumił Šwjela (1873-1948), im Jahr 1933 bei 86,5%. In Dissen sollen die Parteiversammlungen der NSDAP in Niedersorbisch stattgefunden haben.

Gerade die letzten Themen könnten in privaten Recherchen oder in Geschichtswerkstätten aufgearbeitet werden – auch mit professioneller Anleitung. Schülergruppen haben dies für die Lager in Jamlitz ge-#macht, an der BTU Cottbus gab es ein Projekt zu Erinnerungsorten, eine Gruppe arbeitet weiter an den Stolpersteinen für die jüdischen Mitbürger, aber auch im Stadtarchiv oder der Volkshochschule könnte es entsprechende Angebote geben. Es wird neue Formate brauchen, sich dieser Geschichte anzunähern, zumal die letzten Zeitzeugen gerade sterben. Zum 80. Jahrestag der Befreiung werden wir wohl fast nur noch in Videos und Büchern mit ihnen in Kontakt treten können. Doch wir werden der Befreiung weiter gedenken.

Für eine vertiefte Lektüre empfehlen wir:

Ebert, Rolf (2005): Die Ereignisse im April 1945 in Lübben in den Erinnerungen von Zeitzeugen, Lübbener Reihe Nr. 1, Regia Verlag, Cottbus.

Eichholtz, Dieter (1993): Brandenburg in der NS-Zeit, Brandenburgische Zentrale für politische Bildung, Volk und Feld, Potsdam.

Kasper, M., Scholta, J. (1960): Aus den Akten nazistischer Wendenpolitik, Domowina Verlag, Bautzen.

Lehman, Herbert (2007): Am Kreuze scheiden sich die Geister, Cottbuser Blätter, Sonderheft 2008, Regia Verlag, Cottbus

Neitmann, Klaus (2002): Zwangsarbeit während der NS- Zeit in Berlin und Brandenburg. Formen, Funktion und Rezeption, Verlag Berlin Brandenburg.

Mettke, Jörg (1985): 1945: Absturz ins Bodenlose. SPIEGEL-Redakteur Jörg R. Mettke über Kapitulation und Besatzung (V): Cottbus, DER SPIEGEL 19/1985, 05.05.1985, S. 152 - 173.

Petzold, Heinz (2005): Als für Cottbus der 2. Weltkrieg endete, Regia-Verlag, Cottbus (6 Euro).

Pilop, Max (1990): Die Befreiung der Lausitz. Militärhistorischer Abriß der Kämpfe im Jahre 1945, 3. Auflage, Domowina-Verlag, Bautzen.

Posner, Dr. Rabbi (1908): Geschichte der Juden in Cottbus, Verlag Albert Heine, Cottbus.

Stadtarchiv Cottbus: StA Cottbus All, 7.1., Nr. 13.

Stadtgeschichtliche Sammlungen (2003): Chronik zur Geschichte der Stadt Cottbus, Cottbuser Blätter, Sonderheft 2002, Regia Verlag, Cottbus.

Weiß, Hermann (2002): Personenlexikon 1933-1945, tosa Verlag, Frankfurt am Main.

Wierick, Conny (2008): Skalpell und Vaterunser. Der Cottbuser Orthopäde Dr. Steinhäuser, Regia Verlag, Cottbus.

Impressum:

Cottbus befreit!
Täter, Opfer, Widerstand im „Dritten Reich“
vom 22. April 2020,
2. überarbeitete und erweiterte Auflage
Autoren und Herausgeber:
Daniel Häfner und Bernd Müller
Korrektur: Cathleen Bürgelt
Satz: Benjamin Mäffert
Auflage: 2.500 Stück, Selbstverlag
V.i.S.d.P.: Daniel Häfner

Der Druck wurde durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung finanziert.

Wir danken den Menschen, die uns bei dieser Broschüre unterstützt haben durch Recherche, Ideen, Ausdauer, grafische Gestaltung, Geduld, Kontakte und Finanzen. Und wir danken den Menschen, die die Erinnerung wach halten durch Recherchen, Stolpersteine, Ausstellungen und Demonstrationen.

Niemals wieder! Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!

75 Jahre · 22. April 1945 · Cottbus befreit!

Wir wollen auf die Bedeutung des 22. April 1945 für Cottbus hinweisen und die Erinnerung daran wachhalten. An diesem Tag gelang es der Roten Armee, die Truppen der Wehrmacht, des „Volkssturms“ und der SS aus der Stadt zu drängen. Für die verbliebenen Bewohner*innen von Cottbus, aber auch für die vielen Zwangsarbeiter*innen, die damals in Cottbus ausgebeutet wurden, war damit der Krieg vorbei. Und mehr: Es war für sie die Befreiung!

Wir wollen zeigen, dass es in Cottbus – wie in jeder anderen Stadt Deutschlands – Täter, Opfer und auch Widerstand gab.

Juden, Kommunisten, Sozialdemokraten und andere, die mit dem faschistischen Regime nicht konform gingen, wurden auch in Cottbus verfolgt. Die Täter hatten hier ihren Dienstsitz und die meisten von ihnen wohnten auch hier. Was in den Jahren von 1933 bis 1945 in Cottbus geschehen ist, soll nicht vergessen werden. In der Broschüre wollen wir auf die Schicksale hinweisen: Täter und Opfer hatten Namen und Adressen.

Tausende Zwangsarbeiter*innen waren in zahlreichen Lagern in und um Cottbus untergebracht, und sie arbeiteten neben Deutschen in der Cottbuser Rüstungsindustrie. Auch ihr Schicksal darf nicht in Vergessenheit geraten. Viele starben hier und andere warten auch heute noch auf ihre Entschädigung.

Am 22. April 1945 war der Krieg in Cottbus vorbei und gut zwei Wochen später – am 8. Mai – kapitulierten die deutschen Streitkräfte bedingungslos. Seitdem gilt der 8. Mai als Tag der Befreiung, worauf auch der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker hinwies.

Natürlich ist dieser Begriff schwierig, denn diese „Befreiung“ führte ja nicht zu einem Leben in vollständiger Freiheit und Gleichheit. Dennoch ist dies der richtige Begriff, weil „Kriegsende“ zu schwach klingt, um den Umbruch zu beschreiben, der sich vollzog – und das Ende des Leidens von Millionen.

Die Menschen wurden befreit von einem unmenschlichen und verbrecherischen System. Im Kampf für die Freiheit starben Millionen Menschen – wir wollen sie ehren und ihr Opfer in Erinnerung halten.

8. MAI 1945
TAG DER BEFREIUNG
СПАСИБО!

brandenburg.rosalux.de/cottbus-befreit